

So geht's uns heute: die sozialen Krisenfolgen im 1. Quartal 2026 – Schwerpunkt: Einschätzungen zu staatlichen Budgetmaßnahmen

Ergebnisse einer Statistik-Austria-Befragung

Impressum

Medieninhaber, Verleger und Herausgeber:

Bundesministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz
(BMASGPK), Stubenring 1, 1010 Wien

Autor:innen: Claudia Reiter, Valentina Heinze, Katharina Burtscher, Monika Mühlböck,
Janina Enachescu, Lena Wittmann, Nadja Lamei

Wien, 2026. Stand: 23. Juni 2026

Anfragen zum Inhalt bei Statistik Austria, Allgemeiner Auskunftsdienst: Guglgasse 13, 1110
Wien, Tel.: 01 711 28-7076 Fax: 01 715 68 28 E-Mail: janina.enachescu@statistik.gv.at

Copyright und Haftung:

Auszugsweiser Abdruck ist nur mit Quellenangabe gestattet, alle sonstigen Rechte sind ohne schriftliche Zustimmung des Medieninhabers unzulässig. Es wird darauf verwiesen, dass alle Angaben in dieser Publikation trotz sorgfältiger Bearbeitung ohne Gewähr erfolgen und eine Haftung des Bundesministeriums und der Autorin / des Autors ausgeschlossen ist. Rechtausführungen stellen die unverbindliche Meinung der Autorin / des Autors dar und können der Rechtsprechung der unabhängigen Gerichte keinesfalls vorgreifen.

Im Falle von Zitierungen (im Zuge von wissenschaftlichen Arbeiten) ist als Quellenangabe anzugeben: Bundesministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz (BMASGPK) (Hg.); Titel der jeweiligen Publikation, Erscheinungsjahr.

Inhalt

Impressum.....	2
Inhalt.....	3
Zusammenfassung	5
Soziale Gefährdungslagen im Zeitverlauf	8
Veränderungen des Haushaltseinkommens	13
Schwierigkeiten, den Lebensunterhalt zu bestreiten.....	16
Mit dem Einkommen auskommen	16
Veränderung der finanziellen Lage	17
Hauptgrund für schlechteres/besseres Auskommen	18
Gesetzte Maßnahmen aufgrund schlechteren Auskommens mit dem Einkommen.....	20
Unerwartete Ausgaben	20
Indikatoren für materielle und soziale Deprivation	22
Zahlungsverzug.....	24
Subjektive Wohnkostenbelastung.....	25
Zukunftserwartungen	28
Erwartete Veränderung des Haushaltseinkommens	28
Geplante größere Ausgaben	30
Erwartete Zahlungsschwierigkeiten bei Wohnkosten	31
Wirtschaftliche Lage in Österreich	33
Schwerpunktkapitel: Einschätzungen zu staatlichen Budgetmaßnahmen	35
Kontext	36
Bezug staatlicher Leistungen.....	37
Sorgen.....	39
Wahrgenommene Veränderungen in Leistungen.....	41
Erwartete Veränderung von Leistungen	43
Zustimmung zu Maßnahmen	44
Fazit.....	48
Erläuterungen und Definitionen	50
Ergebnisdokumentation	50
Glossar	50
Fragebogen.....	50
Tabellenverzeichnis.....	51

Abbildungsverzeichnis.....	52
Literaturverzeichnis	53
Methodischer Anhang.....	61
Stichprobe	61
Teilnahme an der Befragung	61
Vollständigkeit der Angaben und Imputation	62
Trend- und Verlaufsstatistiken	62
Zur Kohärenz mit EU-SILC 2024.....	63
Tabellenanhang	64

Zusammenfassung

Der vorliegende Bericht beruht auf den Ergebnissen der von Statistik Austria quartalsweise durchgeführten Befragung „So geht’s uns heute“. Im Mittelpunkt der Analysen stehen finanzielle Schwierigkeiten in den Privathaushalten Österreichs, deren Entwicklungen im Zeitverlauf – insbesondere im Vergleich zum Vorjahr (Q1/2025) und zum Vorquartal (Q4/2025) – nachgezeichnet werden. Darüber hinaus wird in diesem Bericht ein Fokus auf die Einschätzungen zu staatlichen Budgetmaßnahmen gelegt.

Ziel der Studie ist es, zeitnahe und aussagekräftige Informationen über Veränderungen der sozialen Lage in unsicheren und herausfordernden Zeiten zu gewinnen. Ende 2021 starteten insgesamt elf EU-Staaten mit diesem Projekt, das durch die Europäische Statistikbehörde Eurostat und das damalige Bundesministerium für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz kofinanziert wurde. Seit Anfang 2024 wird das Projekt auf nationaler Ebene auf Basis der Finanzierung durch das Bundesministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz (BMASGPK) fortgeführt. In Österreich werden 3.000 bis 3.880 Personen wiederholt befragt, um Veränderungen gezielt zu messen. Die Befragung wurde bisher quartalsweise durchgeführt und wird ab der kommenden Welle halbjährig stattfinden. Die Ergebnisse liefern Informationen zu Lebensbedingungen verschiedener Gruppen und sind eine wichtige Entscheidungsgrundlage für Interessenvertretungen und Politik. Bei der 18. Befragungswelle im ersten Quartal 2026 (Q1/2026), welche im Zeitraum von Februar bis März 2026 durchgeführt wurde, nahmen 3.522 Personen im Alter von 18 bis 74 Jahren teil.

Die wichtigsten Ergebnisse der Befragung im ersten Quartal 2026 und die Veränderungen gegenüber dem Vorjahr und dem Vorquartal können wie folgt zusammengefasst werden:

- Im ersten Quartal 2026 berichteten 23% der Befragten – hochgerechnet etwa 1,5 Millionen Menschen – in den vergangenen zwölf Monaten Einkommensverluste erlitten zu haben. Für rund 33% der Befragten hat sich die Einkommenssituation verbessert, wobei dieser Wert im Vorjahr noch 10 Prozentpunkte höher lag (43% in Q1/2025). Zudem berichteten insbesondere Personen mit niedrigem

Haushaltseinkommen sowie Personen in Haushalten, die von Arbeitslosigkeit betroffen sind, verstärkt von Einkommensverlusten.

- In der 18. Befragungswelle gaben hochgerechnet etwa 703.000 Menschen (11%) an, dass sie Schwierigkeiten hatten, mit ihrem laufenden Einkommen auszukommen. Im Vergleich zum Vorjahr (Q1/2025: 11%) bleibt dieser Anteil konstant.
- Im ersten Quartal 2026 gaben 34% der 18- bis 74-Jährigen an, dass sie (viel) schlechter mit dem Haushaltseinkommen zurechtkamen als noch ein Jahr zuvor. Besonders häufig berichteten Personen mit Einkommensverlusten von einer Verschlechterung (70%). Als Grund hierfür wurden insbesondere die gestiegenen Ausgaben für Lebensmittel sowie Energie- und Wohnkosten genannt.
- Im ersten Quartal 2026 gaben 16% der Befragten an, dass sie durch Wohnkosten finanziell stark belastet waren. Dieser Wert veränderte sich im Vergleich zum Vorquartal kaum. Vulnerable Personengruppen berichteten im Vergleich zur Gesamtbevölkerung von einer deutlich höheren Wohnkostenbelastung. Am stärksten betroffen sind Personen aus Ein-Eltern-Haushalten, von denen rund 32% eine erhebliche Belastung verspürten. Bei Personen aus Haushalten mit geringem Einkommen liegt der Anteil bei 28% und ist gegenüber dem Vorquartal und Vorjahr (jeweils 35%) gesunken.
- Rund 20% der Befragten erwarteten, dass sich ihr Haushaltseinkommen im Verlauf der nächsten zwölf Monate verringern wird. Dieser Anteil ist gegenüber dem Vorjahresquartal konstant geblieben (20%).
- Auch im ersten Quartal 2026 blickten die Befragten mit Skepsis auf die wirtschaftliche Entwicklung in Österreich. 57% der 18- bis 74-Jährigen gingen davon aus, dass sich die wirtschaftliche Lage in Österreich in den kommenden zwölf Monaten verschlechtern wird. Damit bleibt der Pessimismus zwar auf hohem Niveau; der Anteil negativer Erwartungen ist gegenüber dem Vorjahr (64%) jedoch zurückgegangen. Gleichzeitig erwarteten 12% der Befragten eine Verbesserung der wirtschaftlichen Lage.
- Im Rahmen der 18. Befragungswelle wurde ein Schwerpunkt auf Einschätzungen zu staatlichen Budgetmaßnahmen gelegt. Dabei zeigt sich, dass sich der überwiegende Anteil der Bevölkerung – mehr als 90% – Sorgen um das staatliche Budgetdefizit macht. Gleichzeitig berichtete ein erheblicher Teil der Befragten, in den zwölf Monaten vor der Erhebung bereits Verschlechterungen bei staatlichen Leistungen wahrgenommen zu haben.
- Sorgen um das Budgetdefizit und die wahrgenommenen negativen Entwicklungen staatlicher Leistungen prägen auch die Erwartungshaltung für das kommende Jahr: 30% der Befragten gehen davon aus, dass sich staatliche Unterstützungen im Folgejahr verringern werden, während nur 5% eine Verbesserung erwarten.

- Hinsichtlich möglicher Konsolidierungsmaßnahmen findet insbesondere eine stärkere Besteuerung von Unternehmen sowie hoher Vermögen breite Zustimmung. So sprechen sich 74% der Befragten für höhere Gewinnsteuern für Unternehmen aus; Vermögens- und Erbschaftssteuern für die reichsten 10% der Bevölkerung werden – je nach konkreter Ausgestaltung – von 58% bis 61% befürwortet. Deutlich weniger Zustimmung erhalten Maßnahmen, die breite Bevölkerungsschichten direkt betreffen würden. Dazu zählen die Erhöhung von Einkommenssteuern oder Sozialversicherungsbeiträgen (5%) sowie Leistungskürzungen in der Krankenversicherung (6%) oder bei Pensionen (6%).

Soziale Gefährdungslagen im Zeitverlauf¹

Die Vielzahl an Herausforderungen der letzten Jahre hat wirtschaftliche und soziale Veränderungsprozesse in Österreich beschleunigt und verstärkt. Vor diesem Hintergrund dient die von Statistik Austria regelmäßig durchgeführte „So geht’s uns heute“-Befragung dazu, kurzfristige Veränderungen in sozialen Gefährdungslagen nachzuzeichnen und die sozialen Krisenfolgen zu analysieren.

Die multiplen Krisen der vergangenen Jahre stellen unsere Gesellschaft vor unterschiedliche Herausforderungen mit teils weitreichenden wirtschaftlichen und sozialen Auswirkungen (BMF & BMSGPK 2022a, 2022b, 2023, 2024, BMSGPK 2020, Dawid 2020, 2023, Heitzmann & Huber 2025). Trotz des leichten Wirtschaftswachstums im ersten Quartal 2026² bleibt die Beschäftigungssituation angespannt und die Anzahl der Personen in Arbeitslosigkeit hat sich im Vergleich zum Vorjahr erhöht³. Die Entwicklung am Stellenmarkt deutet zwar auf eine im Vergleich zum vierten Quartal 2025 gestiegene Arbeitskräftenachfrage hin, die Zahl der offenen Stellen liegt jedoch weiterhin deutlich unter dem Niveau des Vorjahresquartals⁴. Die Inflationsrate verharrt mit 3,2% weiterhin auf einem überdurchschnittlich hohen Niveau⁵. Vor dem Hintergrund dieser gesamtwirtschaftlichen Unsicherheiten bleibt die soziale und wirtschaftliche Lage für viele Menschen angespannt. Die Ergebnisse der „So geht’s uns heute“-Befragungen zeigen eine hohe soziale Gefährdungslage – insbesondere für vulnerable Personengruppen, die

¹ Die Autor:innen bedanken sich für die gute Zusammenarbeit mit dem wissenschaftlichen Beirat, der die Durchführung dieser Befragung begleitet: Agnes Eybl, Daniel Situm, Nadia Lamei, Karin Heitzmann, Stefan Angel und Nadia Steiber.

² Die österreichische Wirtschaftsleistung stieg im 1. Quartal 2026 laut vorläufigen Berechnungen von Statistik Austria real um 0,9% im Vergleich zum Vorjahresquartal (Statistik Austria 2026a).

³ Laut AMS erhöhte sich allgemeine Arbeitslosigkeit im Vergleich zum April des vorangegangenen Jahres um 2,7%, wobei der Anstieg vor allem durch die zunehmende Frauenarbeitslosigkeit zurückzuführen ist (AMS 2026).

⁴ Laut Statistik Austria ist die Zahl der offenen Stellen in österreichischen Unternehmen erstmals in knapp 2 Jahren im Vergleich zum Vorquartal nicht weiter gesunken (Statistik Austria 2026b).

⁵ Die Inflation in Österreich lag im März 2026 bei 3,2%. Das Preisniveau ist von Februar 2026 auf März 2026 im Schnitt um einen Prozentpunkt gesunken (Statistik Austria 2026c).

aufgrund ihrer Haushaltskonstellation besonderen wirtschaftlichen, sozialen oder gesundheitlichen Risiken ausgesetzt sind.

Allgemein ist das Ziel der von Statistik Austria bisher quartalsweise und nunmehr halbjährlich durchgeführten Befragung, die sozialen Folgen der aktuellen Entwicklungen frühzeitig zu erkennen. Durch die rasche Verfügbarkeit und Vergleichbarkeit der Daten können zudem mögliche Begleit- und Folgeerscheinungen gesellschaftlicher und wirtschaftlicher Krisen für die Bevölkerung aufgezeigt werden. Wie bereits in den ersten siebzehn „So geht’s uns heute“-Berichten⁶, stehen auch im vorliegenden Bericht die wahrgenommenen Veränderungen der Haushaltseinkommen, Lebensbedingungen sowie damit verbundene Herausforderungen im Mittelpunkt der Analyse. Die Ergebnisse der ersten siebzehn Befragungswellen werden im vorliegenden Bericht um die Ergebnisse der 18. Welle ergänzt und die Entwicklungen im Zeitverlauf nachgezeichnet. Die hier präsentierten Ergebnisse beruhen auf den hochgerechneten Angaben einer für Österreich repräsentativen Zufallsstichprobe von 3.000 bis 3.880 Personen pro Erhebungswelle. Ein Schwerpunkt dieses Berichts liegt auf den Einschätzungen zu staatlichen Budgetmaßnahmen.

Die Konsolidierung öffentlicher Haushalte zählt zu den zentralen wirtschafts- und sozialpolitischen Herausforderungen der kommenden Jahre. Während Fragen rund um Budgetdefizite und Staatsverschuldung häufig auf gesamtwirtschaftlicher Ebene diskutiert werden, können die damit verbundenen Maßnahmen direkte Auswirkungen auf die Bevölkerung haben. Insbesondere Veränderungen bei staatlichen Leistungen oder Abgaben betreffen einzelne Bevölkerungsgruppen in unterschiedlichem Ausmaß und können daher auch verschieden bewertet werden. Vor dem Hintergrund des gegen Österreich eingeleiteten EU-Defizitverfahrens und der laufenden Diskussion über Einsparungs- und Konsolidierungsmaßnahmen untersucht das Schwerpunktkapitel die Sorgen hinsichtlich des Budgetdefizits, die Wahrnehmung und Erwartung von Veränderungen staatlicher Leistungen sowie die Zustimmung zu verschiedenen Konsolidierungsmaßnahmen.

Wie auch in den vorangegangenen Berichten liegt ein besonderer Fokus der Analysen auf vulnerablen Bevölkerungsgruppen, wie beispielsweise Arbeitslose oder Personen mit niedrigem Einkommen, die häufig einem erhöhten Risiko sozialer Benachteiligung ausgesetzt sind und daher auch außerhalb von Krisenzeiten verstärkt als armutsgefährdet

⁶ Mühlböck et al. 2022a, 2022b, 2022c, 2023a, 2023b, Reiter et al. 2023a, 2023b, 2023c, 2024a, 2024b, 2025a, 2025b, 2025c, 2026, Brunner et al. 2024a, 2024b, 2024c

gelten. Auch spezifische familiäre Lebensumstände, wie das Leben in einem Ein-Eltern-Haushalt (Heitzmann & Pennerstorfer 2021) oder in einer Familie mit vielen Kindern (Heitzmann & Pennerstorfer 2024), können sich auf eine erhöhte Armutsgefährdung und Vulnerabilität auswirken. Vor diesem Hintergrund liegt der Fokus der Analysen in der „So geht’s uns heute“-Befragung auf genau jenen Gruppen. Für die Analysen werden daher folgende Risikofaktoren sozialer Gefährdungslagen unterschieden⁷:

- Personen mit geringem Haushaltseinkommen
- Personen in von Arbeitslosigkeit betroffenen Haushalten
- Personen in Ein-Eltern-Haushalten (Alleinerziehende und deren Kinder)
- Personen in Mehrkind-Haushalten (Paarhaushalt mit mindestens drei im Haushalt lebenden abhängigen Kindern)

Um das Haushaltseinkommen in der Befragung zu ermitteln, wurde die Summe aller monatlichen Nettoeinkünfte (aus Arbeit, Pensionen, Sozialleistungen und regelmäßigen Zahlungen von Privatpersonen, wie Unterhalt) aller Personen im Haushalt erfragt. Danach wurde bei Mehrpersonenhaushalten das Haushaltseinkommen auf einen Einpersonenhaushalt standardisiert⁸. Dadurch können Haushaltseinkommen von Ein- und Mehrpersonenhaushalten besser miteinander verglichen werden. Der Erwerbsstatus aller Haushaltsmitglieder wurde erhoben, indem nach der hauptsächlichen Tätigkeit⁹ und dem Beruf (falls erwerbstätig) aller im Haushalt lebenden Personen gefragt wurde. Wenn die befragte Person zum Befragungszeitpunkt arbeitslos war bzw. in einem gemeinsamen

⁷ Statistik Austria stellt auf der Webseite für jede Befragungswelle einen detaillierten Tabellenband zur Verfügung, der noch einige weitere Risikofaktoren bzw. Gruppenmerkmale enthält:

<https://www.statistik.at/statistiken/bevoelkerung-und-soziales/einkommen-und-soziale-lage/soziale-krisenfolgen>.

⁸ Zur Standardisierung wird für jede weitere Person ab 14 Jahren ein zusätzliches Bedarfsgewicht von 0,5 und für jedes Kind unter 14 Jahren ein Bedarfsgewicht von 0,3 angenommen. Um ein standardisiertes Mindesteinkommen („Äquivalenzeinkommen“) von 1.300 Euro zu erreichen, benötigt ein Haushalt mit zwei Erwachsenen demnach 1.950 Euro, während ein Haushalt mit einem Erwachsenen und einem Kind für denselben Lebensstandard 1.690 Euro und eine vierköpfige Familie mit zwei Erwachsenen und zwei Kindern 2.730 Euro benötigen.

⁹ Dabei konnten sich die Befragten einer der folgenden Kategorien zuordnen: Arbeiter:in, Angestellte:r oder Lehrling, Selbständig, arbeitslos, in Pension, aus gesundheitlichen Gründen dauerhaft arbeitsunfähig, in Ausbildung, in Elternkarenz oder Mutterschutz, mit Hausarbeit, der Betreuung von Kindern oder der Pflege von Angehörigen beschäftigt, im Präsenz- oder Zivildienst, Sonstiges. Die Angaben beziehen sich stets auf den Befragungszeitpunkt. Es können daher keine Rückschlüsse auf die Verweildauer im jeweiligen Status gezogen werden.

Haushalt mit mindestens einer arbeitslosen Person im Alter zwischen 19 und 64 Jahren lebte, wurde dieser Haushalt als von Arbeitslosigkeit betroffen definiert.

12%¹⁰ der Befragten aus der 18. Erhebungswelle (Q1/2026), hochgerechnet etwa 811.000 Personen (mit einer statistischen Schwankungsbreite zwischen 714.000 bis 909.000 Personen¹¹), verfügten über ein geringes (standardisiertes) Haushaltseinkommen von unter 1.300¹² Euro pro Monat. Etwa 11% der Befragten lebten in Haushalten, die von Arbeitslosigkeit betroffen waren. Zudem gehörten 5% der Befragten einem Mehrkind-Haushalt an, während 4% in einem Ein-Eltern-Haushalt lebten (Tabelle 1).

Tabelle 1: Risikofaktoren für soziale Gefährdungslagen (Q1/2026)

	Anzahl Personen (hochgerechnet mit Schwankungsbreite)*
Personen mit geringem Einkommen	714.000 – 909.000
Haushalt von Arbeitslosigkeit betroffen	609.000 – 803.000
Ein-Eltern-Haushalt	201.000 – 295.000
Mehrkind-Haushalt	299.000 – 395.000

Quelle: STATISTIK AUSTRIA: „So geht’s uns heute“ (Welle 18: Q1/2026). N = 3.522. *Für die statistische Schwankungsbreite wurde ein 95% Konfidenzintervall gewählt. Gewichtete Ergebnisse.

Die nachfolgenden Kapitel analysieren auf Basis subjektiver Einschätzungen (Veränderungen im) Haushaltseinkommen, Schwierigkeiten, mit dem Lebensunterhalt auszukommen, Leistbarkeit von Wohnen sowie Belastungen in der Erwerbsarbeit – jeweils differenziert nach vulnerablen Gruppen und im Vergleich zur Gesamtbevölkerung (18–74 Jahre). Im Mittelpunkt der Analysen stehen die Ergebnisse der 18. Befragungswelle (Q1/2026). Sie werden jeweils mit den Ergebnissen der vier vorangegangenen Befragungswellen aus dem Jahr 2025 (Q1/2025, Q2/2025, Q3/2025, Q4/2025) verglichen, wobei aus Gründen der Übersichtlichkeit meist nur der Vorjahres- (Q1/2025) und der

¹⁰ Zur besseren Lesbarkeit wurden Prozentangaben im Text auf ganze Zahlen gerundet. In den Tabellen und Grafiken sind die Werte hingegen auf eine Nachkommastelle gerundet. Dadurch können in Einzelfällen minimale Abweichungen zwischen Text und Tabellen bzw. Grafiken auftreten.

¹¹ Für die statistische Schwankungsbreite wurde ein 95% Konfidenzintervall gewählt.

¹² Mit dem 18. Bericht wurde die Einkommensschwelle von 1.200 Euro auf 1.300 Euro erhöht.

Vorquartalswert (Q4/2025) dargestellt werden. Dabei werden im vorliegenden Bericht nur jene Veränderungen zwischen den Befragungswellen im Text näher beschrieben, die statistisch signifikant (Signifikanzniveau $\alpha=0,1$) sind.

Veränderungen des Haushaltseinkommens

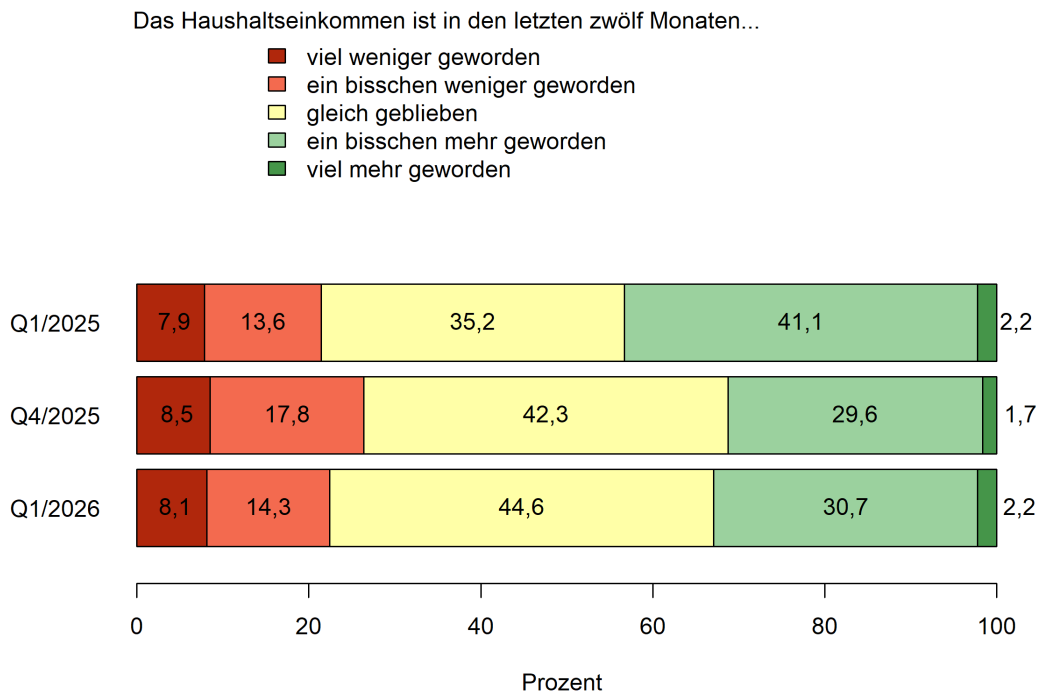
Im ersten Quartal 2026 berichteten 23% der Befragten – hochgerechnet 1,5 Millionen Menschen¹³ –, in den vergangenen zwölf Monaten Einkommensverluste erlitten zu haben. Damit zeigt sich nur eine geringe Veränderung im Vergleich zum Vorjahr (Q1/2025: 22%). Für rund 33% der Befragten hat sich die Einkommenssituation leicht bzw. sehr verbessert, wobei dieser Anteil im ersten Quartal 2025 noch deutlich höher lag (Q1/2025: 43%), und für rund 45% hat sich an der Einkommenssituation nichts verändert. Die Ergebnisse verdeutlichen, dass insbesondere Arbeitslosigkeit weiterhin stark mit Einkommensverlusten verbunden ist: 44% der Befragten aus von Arbeitslosigkeit betroffenen Haushalten berichten von gesunkenem Haushaltseinkommen.

In der „So geht’s uns heute“-Befragung wurden wahrgenommene Einkommensveränderungen anhand der Frage erhoben, ob das Netto-Haushaltseinkommen, also die Summe der Einkünfte aller Haushaltsmitglieder, in den letzten zwölf Monaten viel weniger, ein bisschen weniger geworden, gleichgeblieben, ein bisschen mehr, oder viel mehr geworden sei. Im ersten Quartal 2026 gaben 23% der Befragten an, dass ihr Einkommen zurückgegangen sei. 14% der 18- bis 74-Jährigen gaben an, geringe Einkommensverluste erlebt zu haben, während 8% große Verluste wahrgenommen haben (Abbildung 1). Damit ist der Anteil der Einkommensverlierer:innen gegenüber dem Vorquartal (26%) gesunken und hat sich im Vergleich zum Vorjahresquartal (22%) nicht nennenswert verändert. Weiter gestiegen ist allerdings der Anteil jener mit gleichbleibendem Einkommen: 45% in Q1/2026 gegenüber 42% in Q4/2025 und 35% in Q1/2025. Mit 33% gab es im Vergleich zum Vorquartal zudem keine nennenswerte Veränderung im Anteil der Befragten, die eine Verbesserung ihrer Einkommenslage wahrgenommen haben (Q4/2025: 31%). Im Vorjahresquartal lag der Anteil jener mit Einkommensverbesserung allerdings noch bei 43%. Insgesamt zeigt sich damit eine

¹³ Unter Berücksichtigung der statistischen Schwankungsbreite (95% Konfidenzintervall) beläuft sich die hochgerechnete Anzahl von Personen auf 1.614.000 bis 1.875.000.

Stagnation der wahrgenommenen Einkommensverluste, während der Anteil der Einkommensgewinner:innen nachhaltig zurückgegangen ist.

Abbildung 1: Veränderung des Haushaltseinkommens in den letzten zwölf Monaten (Q1/2025, Q4/2025, Q1/2026)



Quelle: STATISTIK AUSTRIA: „So geht’s uns heute“ (Welle 14: Q1/2025, Welle 17: Q4/2025, Welle 18: Q1/2026). Fragestellung: „Wenn Sie die letzten zwölf Monate betrachten: Ist das Netto-Haushaltseinkommen, das ist die Summe der Einkünfte aller Haushaltsmitglieder, seit den letzten 12 Monaten...“ Antworten: viel weniger geworden / ein bisschen weniger geworden / gleich geblieben / ein bisschen mehr geworden / viel mehr geworden. N (Q1/2025) = 3.880, N (Q4/2025) = 3.877, N (Q1/2026) = 3.522. Gewichtete Ergebnisse.

Der Blick auf die einzelnen vulnerablen Gruppen zeigt, dass sich die Einkommenssituation nicht für alle gleichermaßen entwickelt hat (Tabelle 2). Haushalte, die von Arbeitslosigkeit betroffen sind, weisen die höchsten Einkommensverluste auf: 44% berichteten im ersten Quartal 2026, dass sich ihr Haushaltseinkommen in den letzten zwölf Monaten verringert hat. Alle vulnerablen Gruppen weisen überdurchschnittliche Anteile an gesunkenem Einkommen auf; Ein-Eltern- und Mehrkind-Haushalte sind außerdem stärker von Einkommensverlusten betroffen als in den vergangenen Befragungen.

Tabelle 2: Veränderung des Haushaltseinkommens in den letzten zwölf Monaten innerhalb der vulnerablen Gruppen (Q1/2025, Q4/2025, Q1/2026)

	Haushaltseinkommen ist in den letzten 12 Monaten weniger geworden		
	Q1/2025	Q4/2025	Q1/2026
Gesamtbevölkerung (18-74 Jahre)	21,5	26,4	22,5
Personen mit geringem Einkommen	38,2	38,5	35,3
Haushalt von Arbeitslosigkeit betroffen	49,5	49,9	43,7
Haushaltstyp: Ein-Eltern-Haushalt	30,2	28,0	30,6
Haushaltstyp: Mehrkind-Haushalt	14,0	20,5	24,6

Quelle: STATISTIK AUSTRIA: „So geht’s uns heute“ (Welle 14: Q1/2025, Welle 17: Q4/2025, Welle 18: Q1/2026). Fragestellung: „Wenn Sie die letzten zwölf Monate betrachten: Ist das Netto-Haushaltseinkommen...“ Antworten: viel weniger / ein bisschen weniger geworden. N (Q1/2025) = 3.880, N (Q4/2025) = 3.877, N (Q1/2026) = 3.522. Gewichtete Ergebnisse.

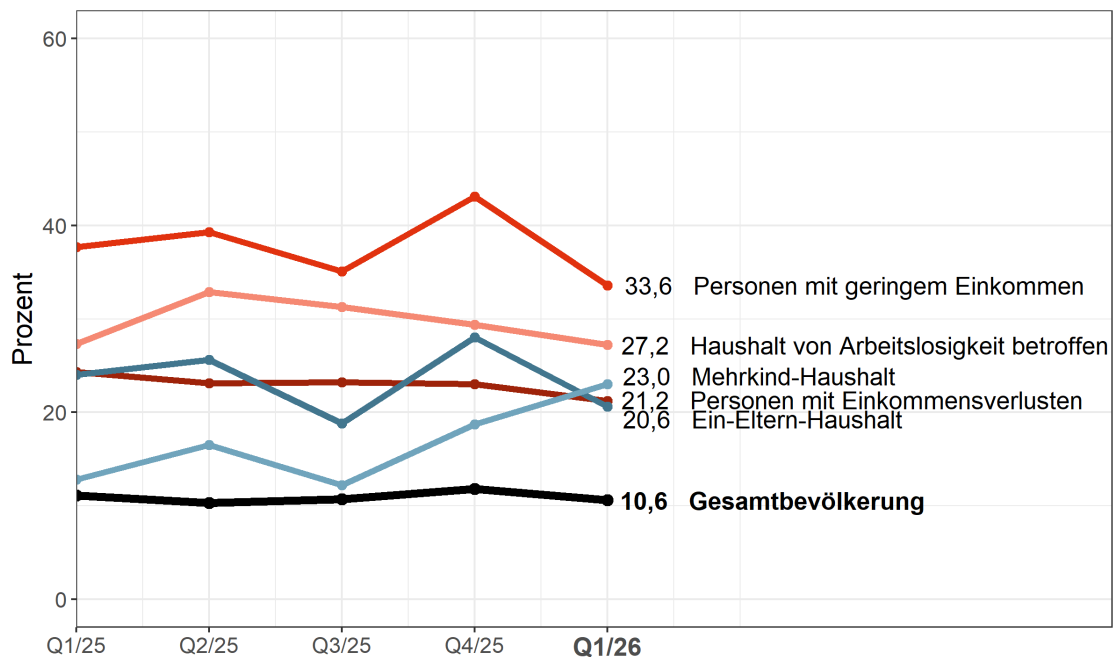
Schwierigkeiten, den Lebensunterhalt zu bestreiten

Hochgerechnet zwischen 606.000 und 800.000 Menschen (11%) berichteten im ersten Quartal 2026 von Schwierigkeiten, mit ihrem laufenden Einkommen auszukommen. Im Vergleich zum Vorjahr ist dieser Anteil stabil geblieben (11% in Q1/2025). Besonders Personen mit niedrigem Haushaltseinkommen waren überdurchschnittlich stark betroffen und sahen sich mit großen Herausforderungen bei der Deckung der laufenden Ausgaben konfrontiert. 34% der 18- bis 74-Jährigen gaben weiters an, dass sie im ersten Quartal 2026 (viel) schlechter mit dem Haushaltseinkommen zurechtkamen als ein Jahr zuvor. Als Hauptgründe für diese wahrgenommene Verschlechterung nannten die Befragten die gestiegenen Ausgaben für Lebensmittel (28%) sowie die höheren Wohn- und Energiekosten (28%). Zudem gaben 23% der Befragten an, nicht über die finanziellen Mittel zu verfügen, um unerwartete Ausgaben in Höhe von 1.660 Euro aus eigenen Mitteln decken zu können.

Mit dem Einkommen auskommen

Im ersten Quartal 2026 gaben 11% der Gesamtbevölkerung zwischen 18 und 74 Jahren an, die laufenden Ausgaben ihres Haushalts nur mit (großen) Schwierigkeiten decken zu können (Abbildung 2). Besonders stark betroffen waren Personen mit geringem Haushaltseinkommen: 34% berichteten von erheblichen finanziellen Belastungen, was weiterhin deutlich über dem Durchschnitt der Gesamtbevölkerung liegt. Bei Personen, die in von Arbeitslosigkeit betroffenen Haushalten leben, liegt der Anteil bei etwas unter einem Drittel (27%). Ein Anstieg der finanziellen Belastung im Vergleich zum Vorjahr zeigt sich zudem bei Personen in Mehrkind-Haushalten von 13% in Q1/2025 auf 23% in Q1/2026. Personen, die Einkommensverluste erlitten haben und jene in Ein-Eltern-Haushalten weisen mit jeweils 21% ebenfalls einen höheren Wert als die Gesamtbevölkerung auf. Im Vergleich zum Vorjahr zeigt sich somit bei den meisten dieser Personengruppen keine Entspannung der Lage.

Abbildung 2: Schwierigkeiten, mit dem Haushaltseinkommen auszukommen (Q1/2025, Q2/2025, Q3/2025, Q4/2025, Q1/2026)

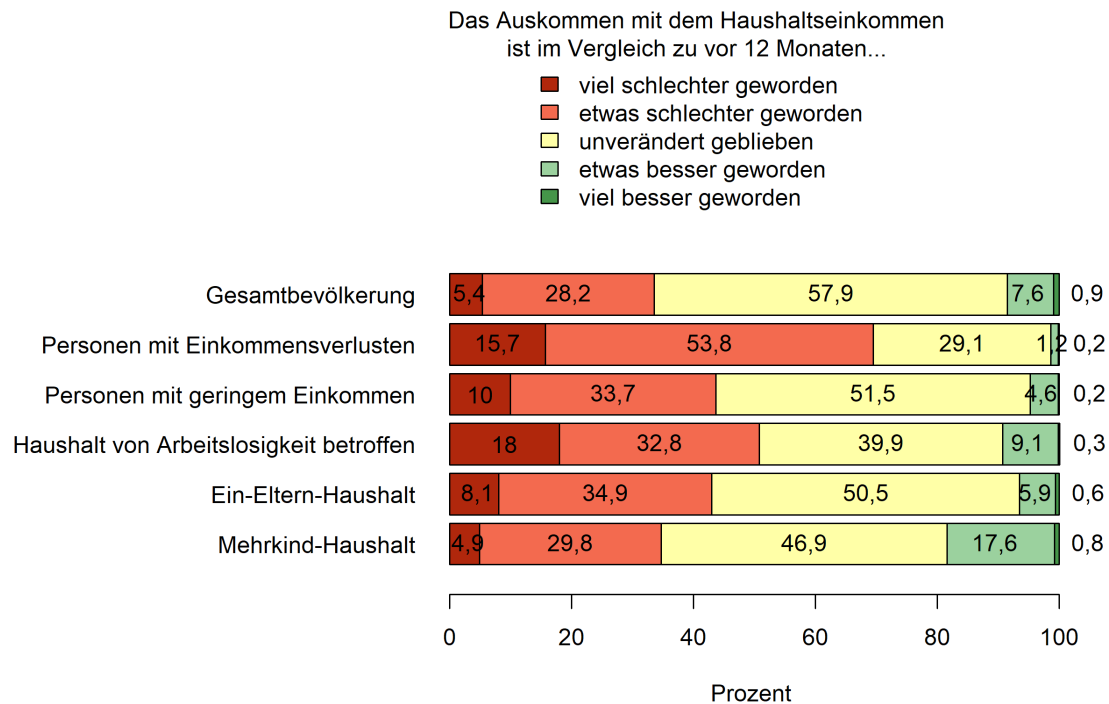


Quelle: STATISTIK AUSTRIA: „So geht’s uns heute“ (Welle 14: Q1/2025, Welle 15: Q2/2025, Welle 16: Q3/2025, Welle 17: Q4/2025, Welle 18: Q1/2026). Fragestellung: „Wie schwer oder leicht können Sie mit Ihrem Haushaltseinkommen die laufenden Ausgaben Ihres Haushalts tätigen?“ Antworten: sehr schwer / schwer. N (Q1/2025) = 3.880, N (Q2/2025) = 3.847, N (Q3/2025) = 3.829, N (Q4/2025) = 3.877, N (Q1/2026) = 3.522. Gewichtete Ergebnisse.

Veränderung der finanziellen Lage

Im ersten Quartal 2026 gaben 34% der Befragten im Alter von 18 bis 74 Jahren an, (viel) schlechter mit ihrem Haushaltseinkommen zurechtzukommen als noch ein Jahr zuvor (Abbildung 3). Für 58% blieb die finanzielle Situation unverändert, während sie sich für 8% etwas und für 1% deutlich verbessert hat. Besonders häufig berichteten naheliegenderweise Personen mit Einkommensverlusten von einer Verschlechterung (70%), aber auch bei Personen in von Arbeitslosigkeit betroffenen Haushalten (51%) sowie Personen in Haushalten mit geringem Einkommen (44%) war eine überdurchschnittliche Belastung erkennbar. Personen in Ein-Eltern-Haushalten (43%) sowie in Mehrkind-Haushalten (35%) gaben ebenso häufiger als die Gesamtbevölkerung an, im Vergleich zu vor zwölf Monaten (viel) schlechter mit ihrem Einkommen auszukommen.

Abbildung 3: Veränderung im Auskommen mit dem Einkommen im Vergleich zu vor zwölf Monaten (Q1/2026)



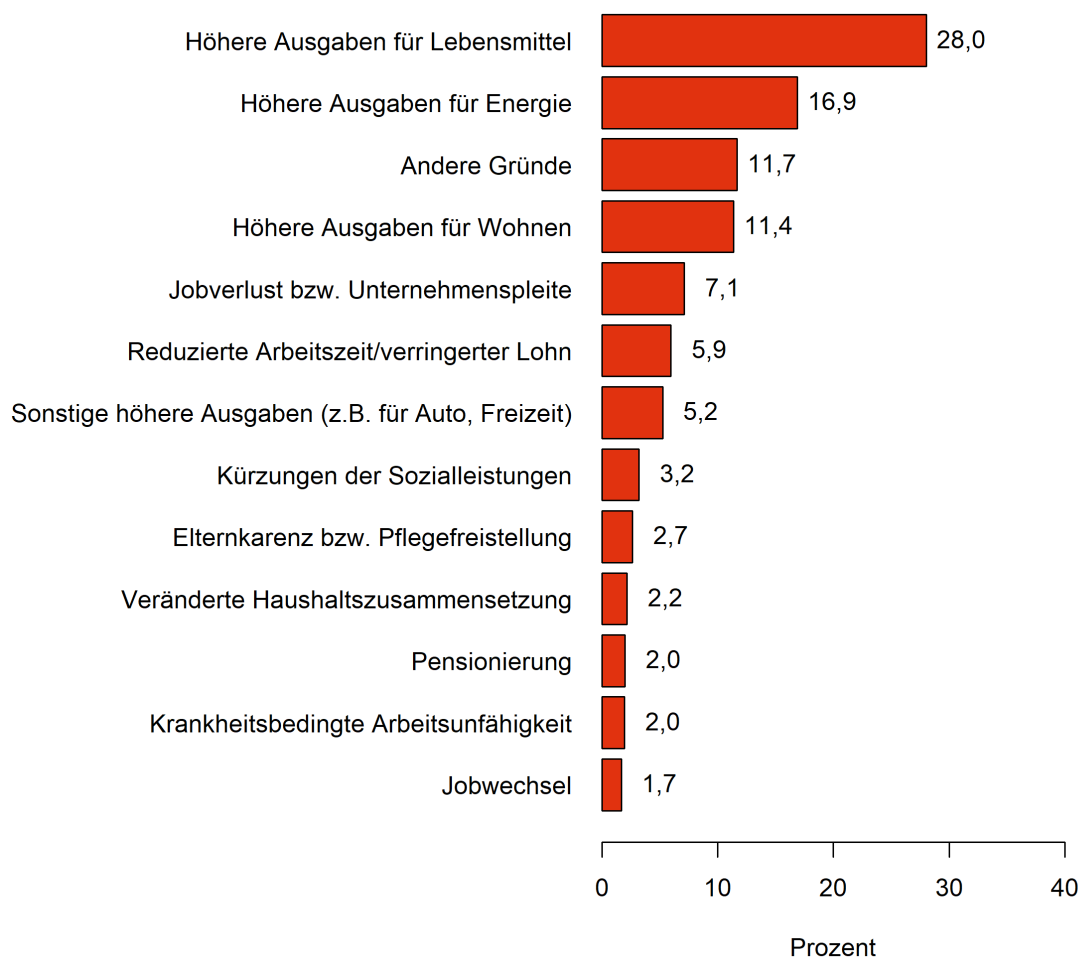
Quelle: STATISTIK AUSTRIA: „So geht’s uns heute“ (Welle 18: Q1/2026). Fragestellung: „Kommt Ihr Haushalt heute im Vergleich zu vor zwölf Monaten besser oder schlechter mit dem Haushaltseinkommen aus?“ Antworten: viel schlechter / etwas schlechter / unverändert / etwas besser / viel besser. N (Q1/2026) = 3.522. Gewichtete Ergebnisse.

Hauptgrund für schlechteres/besseres Auskommen mit dem Einkommen

Personen, die angaben, dass sie im Vergleich zu vor zwölf Monaten schlechter oder besser mit ihrem Haushaltseinkommen ausgekommen seien, wurden zusätzlich nach dem Hauptgrund hierfür befragt. Mit 28% waren gestiegene Ausgaben für Lebensmittel damit die am häufigsten genannte Ursache für die wahrgenommene Verschlechterung der finanziellen Situation (Abbildung 4). Weitere zentrale Gründe waren höhere Energie- und Wohnkosten – zusammen ebenfalls rund 28%. Entfall des Erwerbseinkommens durch Jobverlust bzw. Unternehmenspleite (7%), reduzierte Arbeitszeit oder verringerter Lohn (6%), Sonstige Ausgaben (5%), Elternkarenz oder Pflegefreistellung (3%), Kürzungen der Sozialleistungen (3%), Pensionierung, Arbeitsunfähigkeit, Veränderung der Haushaltskonstellation und Jobwechsel (jeweils 2%) wurden seltener genannt. 12% gaben

„andere Gründe“ an, darunter etwa die allgemein hohe Inflation oder mehrere gleichzeitig wirksame Faktoren. Insgesamt zeigen die Ergebnisse, dass vor allem die steigenden Lebenserhaltungskosten sowie höhere Wohn- und Energiekosten maßgeblich zur wahrgenommenen Verschlechterung der Einkommenssituation beigetragen haben. Einkommenseinbußen durch Lohnkürzung, Jobverlust, Pensionierung, Berufsunterbrechungen oder geringere Sozialleistungen spielten in Summe mit insgesamt rund 25% ebenfalls eine wichtige Rolle.

Abbildung 4: Hauptgrund für schlechteres Auskommen mit dem Einkommen (Q1/2026)



Quelle: STATISTIK AUSTRIA: „So geht’s uns heute“ (Welle 18: Q1/2026). Fragestellung: „Was ist der Hauptgrund dafür, dass Ihr Haushalt mit dem Haushaltseinkommen schlechter auskommt?“ N (Q1/2026) = 1.203 (Personen, die angaben, im Vergleich zu vor 12 Monaten viel oder etwas schlechter mit ihrem Haushaltseinkommen auszukommen). Gewichtete Ergebnisse.

Von den wenigen Befragten, die im ersten Quartal 2026 eine Verbesserung ihrer finanziellen Situation angaben, nannten 45% gestiegene Löhne oder eine Erhöhung ihrer Arbeitszeit als Hauptgrund. Für 17% war ein Jobwechsel oder ein neuer Arbeitsplatz ein wesentlicher Grund für die positive Entwicklung. 17% der Befragten berichteten von einer finanziellen Entlastung durch gesunkene Kosten (davon gesunkene Wohnkosten: 5%; davon gesunkene Energiekosten: 3%). Zudem wies 1% auf eine Erhöhung der Sozialleistungen hin. Weitere 17% führten „andere Gründe“ für die empfundene Verbesserung ihres finanziellen Spielraums an.

Gesetzte Maßnahmen aufgrund schlechteren Auskommens mit dem Einkommen

Befragte, die im ersten Quartal 2026 Schwierigkeiten hatten, die laufenden Ausgaben ihres Haushalts zu bestreiten¹⁴ oder angaben, (viel) schlechter mit ihrem Haushaltseinkommen auszukommen (33%), wurden zusätzlich gefragt, welche Maßnahmen sie als Reaktion auf das schlechtere Auskommen ergriffen haben. Rund 52% der betroffenen Befragten gaben an, in erster Linie ihre Ausgaben für Lebensmittel, Kleidung sowie andere Waren und Dienstleistungen reduziert zu haben. 28% griffen vorrangig auf ihre Ersparnisse zurück und weitere 8% gaben an, sich Geld von Familienangehörigen oder Freund:innen geliehen zu haben. 3% nannten die Aufnahme eines neuen Kredits oder die Erhöhung eines bestehenden Kredits als wichtigste Maßnahme und etwa 9% der befragten Personen gaben entweder an, eine andere oder keine Maßnahme aufgrund des schlechteren Auskommens mit dem Haushaltseinkommen gesetzt zu haben.

Unerwartete Ausgaben

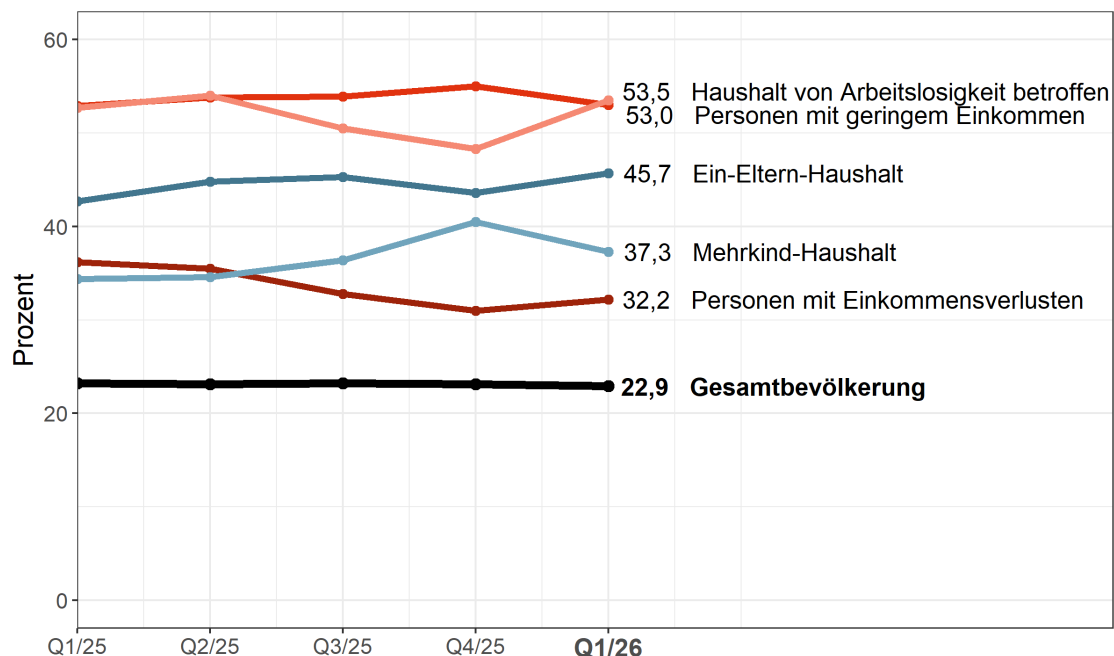
Um die finanzielle Lage der Befragten der „So geht’s uns heute“-Befragung noch genauer erfassen zu können, wurde außerdem erhoben, ob es für die Befragten möglich sei, unerwartete Ausgaben in der Höhe von 1.660 Euro¹⁵ aus eigenen Mitteln zu begleichen,

¹⁴ Antwort auf die Frage „Wie schwer oder leicht können Sie mit Ihrem Haushaltseinkommen die laufenden Ausgaben Ihres Haushalts tätigen?“: Sehr schwer/Schwer/Eher schwer

¹⁵ Als Grundlage für die Bemessung der Ausgabenhöhe dient die Armutsgefährdungsschwelle gemäß EU-SILC. Für die Wellen 14-17 wurde ein Schwellenwert von 1.570 Euro angesetzt, Ab Welle 18 (Q1/26) wurde die Ausgabenhöhe entsprechend der aktuellen Schwelle auf 1.660 Euro angepasst.

ohne sich Geld leihen oder eine Ratenzahlung in Anspruch nehmen zu müssen. Insgesamt berichteten 23% der Befragten im ersten Quartal 2026, dass sie diese Summe nicht ohne Schwierigkeiten aufbringen könnten (Abbildung 5). Besonders stark betroffen sind Personen mit geringem Haushaltseinkommen sowie Personen in Haushalten, die von Arbeitslosigkeit betroffen sind (jeweils 53%). Auch Personen in Ein-Eltern-Haushalten verzeichnen mit 46% einen deutlich höheren Anteil als die Gesamtbevölkerung. Bei Personen in Mehrkind-Haushalten liegt der Wert bei 37% und bei Personen mit Einkommensverlusten bei 32%.

Abbildung 5: Unerwartete Ausgaben nicht bezahlen zu können (Q1/2025, Q2/2025, Q3/2025, Q4/2025, Q1/2026)



Quelle: STATISTIK AUSTRIA: „So geht’s uns heute“ (Welle 14: Q1/2025, Welle 15: Q2/2025, Welle 16: Q3/2025, Welle 17: Q4/2025, Welle 18: Q1/2026). Fragestellung: „Kann es sich Ihr Haushalt leisten, unerwartete Ausgaben in der Höhe von 1.660 EURO aus eigenen Mitteln zu bezahlen, ohne sich etwas zu leihen oder in Raten zu zahlen?“ Antwort: nein. N (Q1/2025) = 3.880, N (Q2/2025) = 3.847, N (Q3/2025) = 3.829, N (Q4/2025) = 3.877, N (Q1/2026) = 3.522. Gewichtete Ergebnisse.

Indikatoren für materielle und soziale Deprivation

Von materieller und sozialer Deprivation spricht man dann, wenn sich Personen bestimmte Waren, Dienstleistungen oder soziale Tätigkeiten, die von den meisten Menschen als für eine angemessene Lebensführung wünschenswert oder gar notwendig angesehen werden, aus finanziellen Gründen nicht mehr leisten können (Eurostat 2022). Materielle und soziale Deprivation bezeichnet somit eine Situation, in der ein erheblicher Mangel an Notwendigem vorliegt. Für die vorliegenden Auswertungen wurden 13 Kriterien für Deprivation herangezogen (Tabelle 3).

In der 18. Befragungswelle gaben 40% der befragten 18- bis 74-Jährigen an, dass sie sich mindestens eine der 13 Waren, Dienstleistungen oder sozialen Tätigkeiten nicht leisten konnten. Für 11% der Befragten waren fünf oder mehr dieser Dinge finanziell nicht möglich, während 5% sieben oder mehr Deprivationsmerkmale aufwiesen. Im Vergleich zum Vorjahr (Q1/2025: 40% mit zumindest einem Deprivationsmerkmal) ist der Anteil der von sozialer und materieller Deprivation Betroffenen weitgehend stabil geblieben.

Laut eigener Angabe konnten sich im ersten Quartal 2026 rund 24% der Befragten im Alter von 18 bis 74 Jahren keinen einwöchigen Urlaub im Jahr leisten. In vulnerablen Gruppen fällt dieser Anteil deutlich höher aus: 56% der Personen mit geringem Haushaltseinkommen konnten sich keinen Urlaub leisten; auch unter Personen aus Haushalten mit Arbeitslosigkeit (46%) sowie aus Ein-Eltern-Haushalten (43%) war diese Einschränkung besonders häufig. Regelmäßige Freizeitaktivitäten wie Sportkurse, Konzerte oder Restaurantbesuche waren für 20% der 18- bis 74-Jährigen aus finanziellen Gründen nicht möglich. Geringere Anteile zeichneten sich in den anderen Kategorien ab: Für 14% war es schwierig, abgenutzte Möbel zu ersetzen oder sich zumindest einmal pro Woche eine Kleinigkeit, wie etwa ein Eis oder einen Kinobesuch, zu gönnen. Für 10% der Befragten war es nicht leistbar, sich zumindest einmal im Monat mit Freund:innen, Verwandten oder Bekannten zum Essen oder Trinken zu verabreden, sei es im eigenen zuhause oder auswärts. Diese ausgewiesenen Anteile blieben seit dem letzten Quartal (Q4/2025) einigermaßen konstant. Darüber hinaus berichteten 5% der Befragten, sich nicht leisten zu können, jeden zweiten Tag eine Hauptmahlzeit (mit Fleisch, Fisch oder vegetarisch) zu sich zu nehmen. Weitere 5% gaben an, dass es ihrem Haushalt nicht möglich sei, die Wohnung oder das Haus angemessen warm zu halten.

Die weiterhin hohen Deprivationsraten zeigen, dass bestimmte Güter und Dienstleistungen für einen erheblichen Teil der Bevölkerung weiterhin nicht

selbstverständlich leistbar sind. Besonders betroffen bleiben vulnerable Haushaltsgruppen.

Tabelle 3: Indikatoren zur sozialen oder materiellen Deprivation für die Bevölkerung zwischen 18 und 74 Jahren (Q1/2025, Q4/2025, Q1/2026)

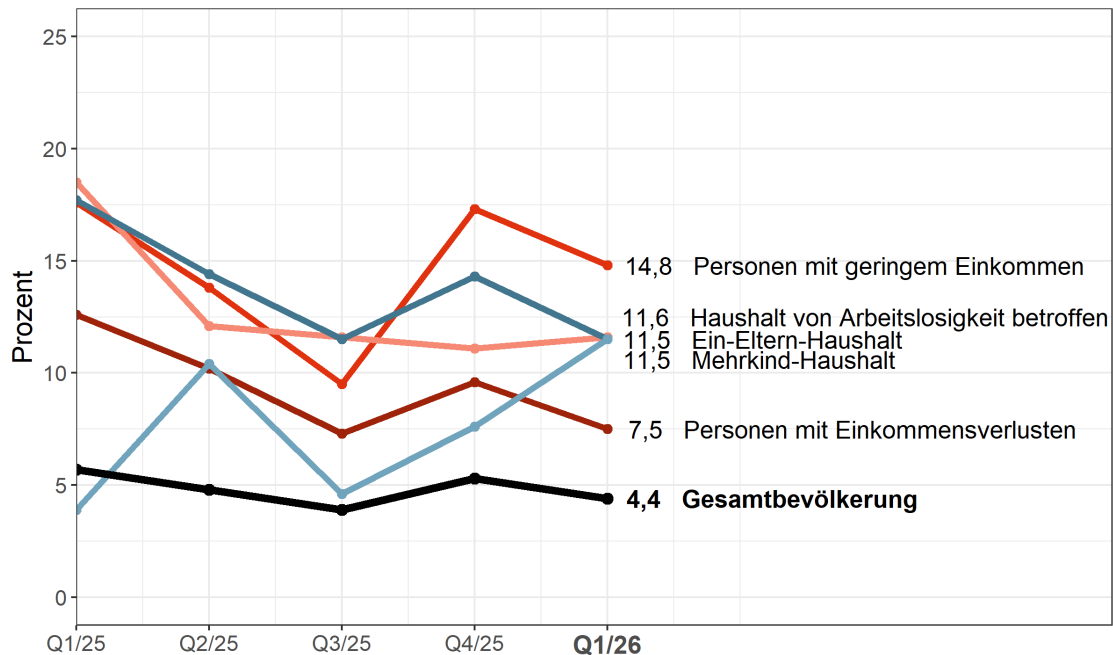
Was nicht leistbar ist:	Q1/2025	Q4/2025	Q1/2026
Wohnkosten, Kredit... pünktlich zahlen	5,7%	5,3%	4,4%
Unerwartete Ausgaben	23,2%	23,1%	22,9%
Jährlicher Urlaub	22,3%	22,7%	23,5%
Regelmäßige Freizeitaktivitäten	20,0%	20,9%	19,8%
Ersetzen abgenutzter Möbel	15,2%	15,6%	14,4%
Sich Kleinigkeiten gönnen	13,9%	13,7%	13,8%
Privater PKW	8,3%	7,6%	7,2%
Wohnung warm halten	5,8%	6,3%	5,2%
Hauptgericht jeden 2. Tag	5,1%	5,7%	4,8%
Ersetzen abgetragener Kleidung	6,3%	6,3%	5,8%
Mind. 1x/Monat Freund:innen treffen	9,2%	9,9%	9,9%
zwei Paar Alltagsschuhe	2,6%	3,0%	2,7%
Internetverbindung	0,8%	0,8%	0,7%
1+ Deprivationsmerkmale aus 13	40,2%	40,4%	39,8%
5+ Deprivationsmerkmale aus 13	11,8%	12,0%	11,3%
7+ Deprivationsmerkmale aus 13	5,0%	5,8%	5,4%

Quelle: STATISTIK AUSTRIA: „So geht’s uns heute“ (Welle 14: Q1/2025, Welle 17: Q4/2025, Welle 18: Q1/2026). Indikatoren zur sozialen und materiellen Deprivation. Nähere Angaben zu den abgefragten Gütern / Bedürfnissen finden sich unter „Erläuterungen und Definitionen“. N (Q1/2025) = 3.880, N (Q4/2025) = 3.877, N (Q1/2026) = 3.522. Gewichtete Ergebnisse.

Zahlungsverzug

Um mögliche finanzielle Schwierigkeiten genauer erfassen zu können, wurde im Rahmen der „So geht’s uns heute“-Befragung erhoben, ob die Befragten in dem der Erhebung vorangegangenen Quartal aufgrund finanzieller Engpässe mit der Zahlung der Miete, der Wohnnebenkosten, der Betriebskosten, eines Wohnkredits oder eines Konsumkredits in Verzug geraten waren. Im ersten Quartal 2026 gaben rund 4% der Befragten aus der Gesamtbevölkerung an, dass sie zumindest bei einer dieser Zahlungen in Rückstand geraten waren (Abbildung 6). Dieser Anteil hat sich gegenüber dem Vorquartal (Q4/2025) kaum verändert. Besonders hoch zeigt sich die Betroffenheit bei Personen mit geringem Einkommen (15%) sowie bei Personen in Ein-Eltern-Haushalten, in von Arbeitslosigkeit betroffenen Haushalten und in Mehrkind-Haushalten (jeweils 12%). Personen mit Einkommensverlusten (8%) liegen ebenfalls über dem Wert der Gesamtbevölkerung. Im Vergleich zu den vergangenen Quartalen zeigen sich bei fast allen vulnerablen Personengruppen erhebliche Schwankungen, während der Wert für die Gesamtbevölkerung weitgehend stabil blieb. Das Risiko eines Zahlungsverzugs für Fixkosten ist also nach wie vor insbesondere für Personen in vulnerablen Gruppen höher als in der Gesamtbevölkerung.

Abbildung 6: Zahlungsverzug im jeweils vorangegangenen Quartal (Q1/2025, Q2/2025, Q3/2025, Q4/2025, Q1/2026)



Quelle: STATISTIK AUSTRIA: „So geht’s uns heute“ (Welle 14: Q1/2025, Welle 15: Q2/2025, Welle 16: Q3/2025, Welle 17: Q4/2025, Welle 18: Q1/2026). Fragestellung: „Ist es im vorangegangenen Quartal ein- oder mehrmals passiert, dass Ihr Haushalt aufgrund finanzieller Engpässe Miete, Wohnnebenkosten, Betriebskosten, Wohnkredit oder einen Konsumkredit nicht pünktlich bezahlen konnte?“ – Zahlungsverzug zumindest einmal vorgekommen. N (Q1/2025) = 3.880, N (Q2/2025) = 3.847, N (Q3/2025) = 3.829, N (Q4/2025) = 3.877, N (Q1/2026) = 3.522. Gewichtete Ergebnisse.

Subjektive Wohnkostenbelastung

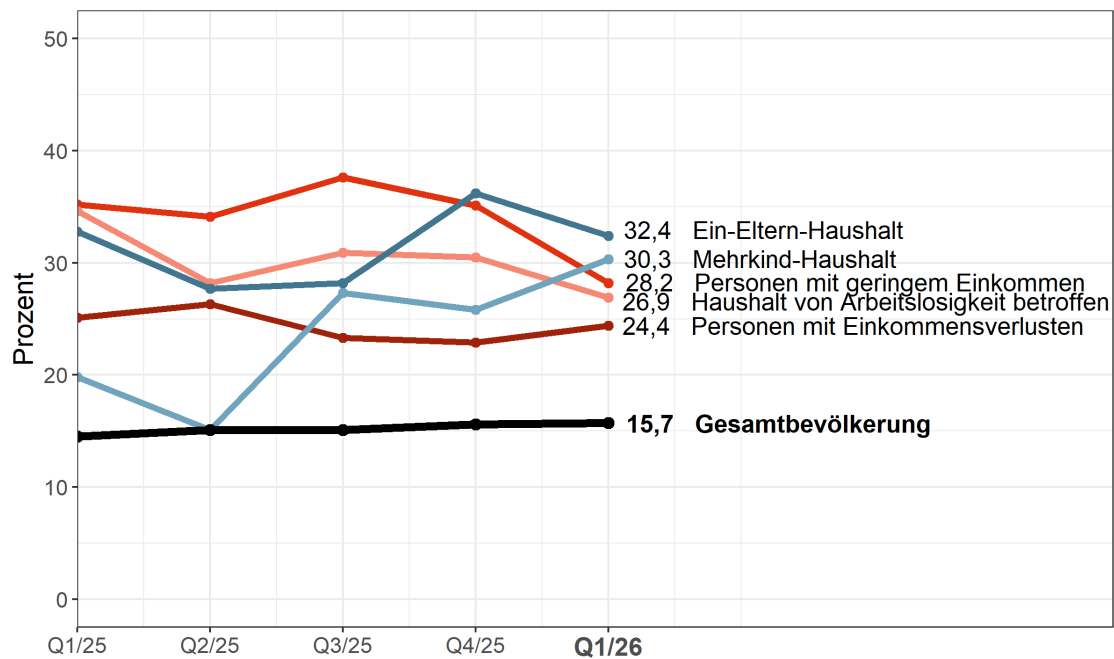
Da die Wohnkosten insbesondere für vulnerable Gruppen einen der größten Ausgabenposten darstellen (Statistik Austria 2021), wird im Rahmen der „So geht’s uns heute“-Befragung auch die subjektive Wohnkostenbelastung erhoben. Die Wohnkosten setzen sich je nach Wohnsituation aus der Miete oder einem etwaigen Wohnkredit, den Wohnnebenkosten wie Strom, Gas, Heizung und Reparaturen sowie den anfallenden Betriebskosten wie Wasser-, Müll- und Kanalgebühren zusammen. Im ersten Quartal 2026 gaben rund 16% der Befragten im Alter von 18 bis 74 Jahren an, dass sie durch Wohnkosten finanziell stark belastet waren (Abbildung 7). Dieser Wert bleibt damit im Vergleich zum Vorquartal (Q4/2025: 16%) stabil und liegt auf dem Niveau des Vorjahres. Für vulnerable Gruppen fällt die Wohnkostenbelastung jedoch deutlich höher aus. Am

stärksten betroffen sind Ein-Eltern-Haushalte (32%) und Personen in Mehrkind-Haushalten (30%). Personen mit geringem Einkommen verzeichnen mit einem Wert von 28% weiterhin eine starke Wohnkostenbelastung, dieser Anteil ist jedoch gegenüber dem Vorquartal leicht gesunken (Q4/2025: 35%). In Haushalten, die von Arbeitslosigkeit betroffen sind (27%) und Personen in Haushalten mit Einkommensverlusten (24%) sind die Anteile im Vergleich zum Vorquartal weitgehend stabil geblieben. Mehrkind-Haushalte weisen mit 30% einen Anstieg gegenüber dem Vorjahr auf (Q1/2025: 20%) auf.

Bei der Betrachtung der Wohnkosten nach Wohnform zeigen sich im ersten Quartal 2026 deutliche Unterschiede: 20% der Mieter:innen empfanden die Wohnkosten als erhebliche finanzielle Belastung, während dieser Anteil bei Eigentümer:innen bei 13% liegt. Eine weitere Differenzierung nach der Art des Mietverhältnisses zeigt, dass 28% der Mieter:innen in Gemeindewohnungen, 20% der Mieter:innen in anderen Wohnverhältnissen und 16% der Mieter:innen in Genossenschaftswohnungen von einer schweren finanziellen Belastung durch Wohnkosten berichteten. Zudem waren Stadtbewohner:innen häufiger von hohen Wohnkostenbelastungen betroffen als Personen in ländlichen Gebieten (18% vs. 14%), was unter anderem auf den höheren Mietanteil in Ballungszentren zurückzuführen ist.

Im Jahresvergleich ist seit dem ersten Quartal 2025 keine Erleichterung in der wahrgenommenen Wohnkostenbelastung zu beobachten. Das Belastungsniveau bleibt in allen vulnerablen Gruppen, insbesondere für Personen aus Ein-Eltern- und Mehrkind-Haushalten, hoch, was auf eine anhaltende finanzielle Überforderung in diesen Haushalten hinweist.

Abbildung 7: Wohnkosten als schwere finanzielle Belastung (Q1/2025, Q2/2025, Q3/2025, Q4/2025, Q1/2026)



Quelle: STATISTIK AUSTRIA: „So geht’s uns heute“ (Welle 14: Q1/2025, Welle 15: Q2/2025, Welle 16: Q3/2025, Welle 17: Q4/2025, Welle 18: Q1/2026). Fragestellung: „Denken Sie jetzt bitte an Ihre gesamten Wohnkosten, also Miete/Wohnkredit, Betriebskosten und alle Wohnnebenkosten, wie zum Beispiel Strom, Gas, Heizung und Reparaturen. Sind diese für Ihren Haushalt...“ Antwort: eine schwere finanzielle Belastung. N (Q1/2025) = 3.880, N (Q2/2025) = 3.847, N (Q3/2025) = 3.829, N (Q4/2025) = 3.877, N (Q1/2026) = 3.522. Gewichtete Ergebnisse.

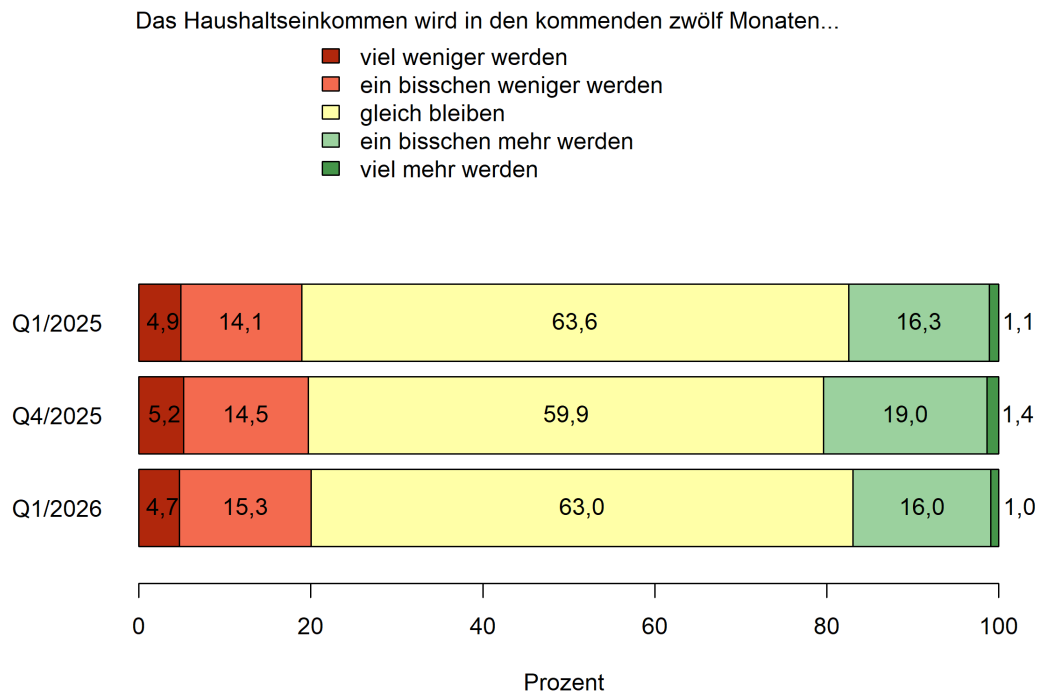
Zukunftserwartungen

Im Rahmen der „So geht’s uns heute“-Befragung wurden auch die Erwartungen an die zukünftige wirtschaftliche Entwicklung erhoben. Die Ergebnisse im ersten Quartal 2026 deuten auf eine weiterhin ausgeprägte wirtschaftliche Unsicherheit hin – sowohl auf individueller als auch auf gesamtgesellschaftlicher Ebene. 20% der Befragten rechneten mit einer Verringerung ihres Haushaltseinkommens in den kommenden zwölf Monaten. Dieser Wert blieb gegenüber dem Vorquartal unverändert. Gleichzeitig planen 35% der 18- bis 74-Jährigen, ihre Ausgaben für größere Anschaffungen zu reduzieren. Zudem erwarten 57% der 18- bis 74-Jährigen eine Verschlechterung der allgemeinen Wirtschaftslage. Damit bleibt das Stimmungsbild auch im ersten Quartal 2026 von anhaltendem Pessimismus geprägt.

Erwartete Veränderung des Haushaltseinkommens

Im ersten Quartal 2026 erwarteten 20% aller Befragten, dass sich ihr Haushaltseinkommen in den kommenden zwölf Monaten verringern würde, 63% gingen von einem gleichbleibenden Einkommen aus und 17% rechneten mit einem Anstieg. Diese Werte sind nahezu ident mit jenen des Vorjahresquartals. Der Anteil der Personen, die einen deutlichen Einkommensanstieg erwarten, bleibt zudem weiterhin auf einem sehr niedrigen Niveau von lediglich 1% (Abbildung 8).

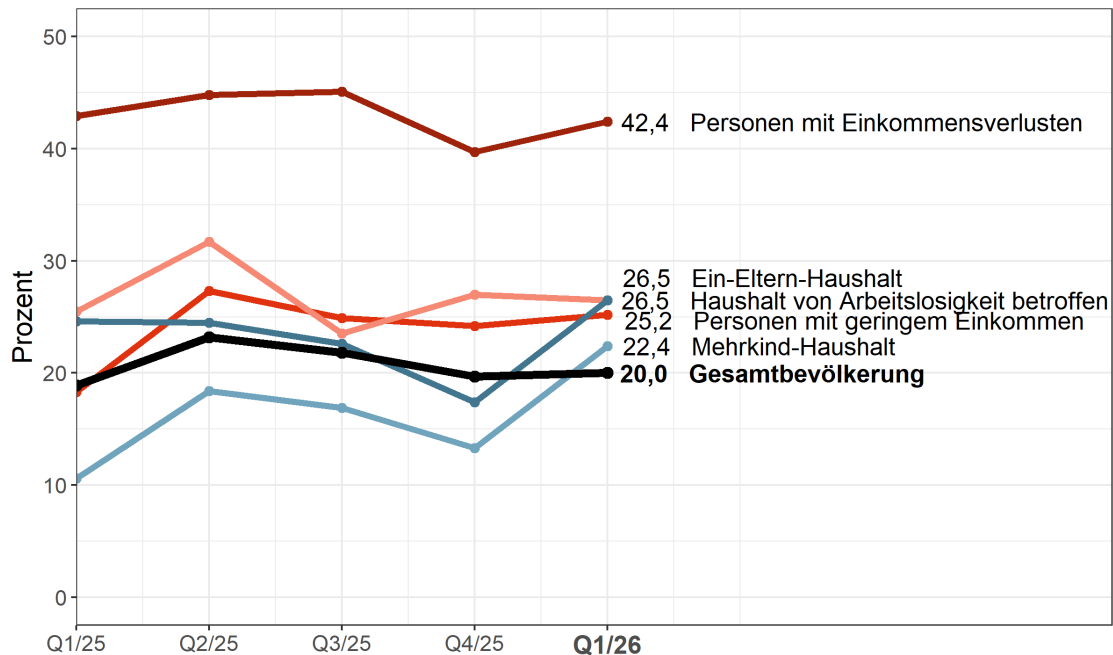
Abbildung 8: Erwartete Veränderung des Haushaltseinkommens in den kommenden zwölf Monaten (Q1/2025, Q4/2025, Q1/2026)



Quelle: STATISTIK AUSTRIA: „So geht’s uns heute“ (Welle 14: Q1/2025, Welle 17: Q4/2025, Welle 18: Q1/2026). Fragestellung: „Wenn Sie an die kommenden zwölf Monate denken: Wird das Haushaltseinkommen...?“ Antworten: viel weniger werden / ein bisschen weniger werden / gleich bleiben / ein bisschen mehr werden / viel mehr werden. N (Q1/2025) = 3.880, N (Q4/2025) = 3.877, N (Q1/2026) = 3.522. Gewichtete Ergebnisse.

Bei der Analyse der verschiedenen vulnerablen Gruppen zeigen sich im ersten Quartal 2026 nur wenige Veränderungen gegenüber dem Vorquartal (Abbildung 9). 42% der Personen mit Einkommensverlusten erwarten, dass sich ihre finanzielle Situation in den kommenden zwölf Monaten weiter verschlechtern wird. Des Weiteren sind die pessimistischen Erwartungen bei Personen mit geringem Einkommen (25%) und jenen in von Arbeitslosigkeit betroffenen Haushalten (27%) unverändert geblieben. Insbesondere vulnerable Personen aus Haushalten mit Kindern – also Ein-Eltern-Haushalte (27%) und Mehrkind-Haushalte (22%) – verzeichneten im Vergleich zum Vorquartal einen Anstieg um jeweils 9 Prozentpunkte. Insgesamt zeigen die Ergebnisse, dass die finanzielle Unsicherheit mit Blick auf die kommenden zwölf Monate etwa auf dem gleichen Niveau geblieben ist, die negativen Erwartungen einiger vulnerabler Gruppen jedoch weiterhin deutlich ausgeprägt bleiben.

Abbildung 9: Erwartete Verringerung des Haushaltseinkommens in den kommenden zwölf Monaten nach vulnerablen Gruppen (Q1/2025, Q2/2025, Q3/2025, Q4/2025, Q1/2026)

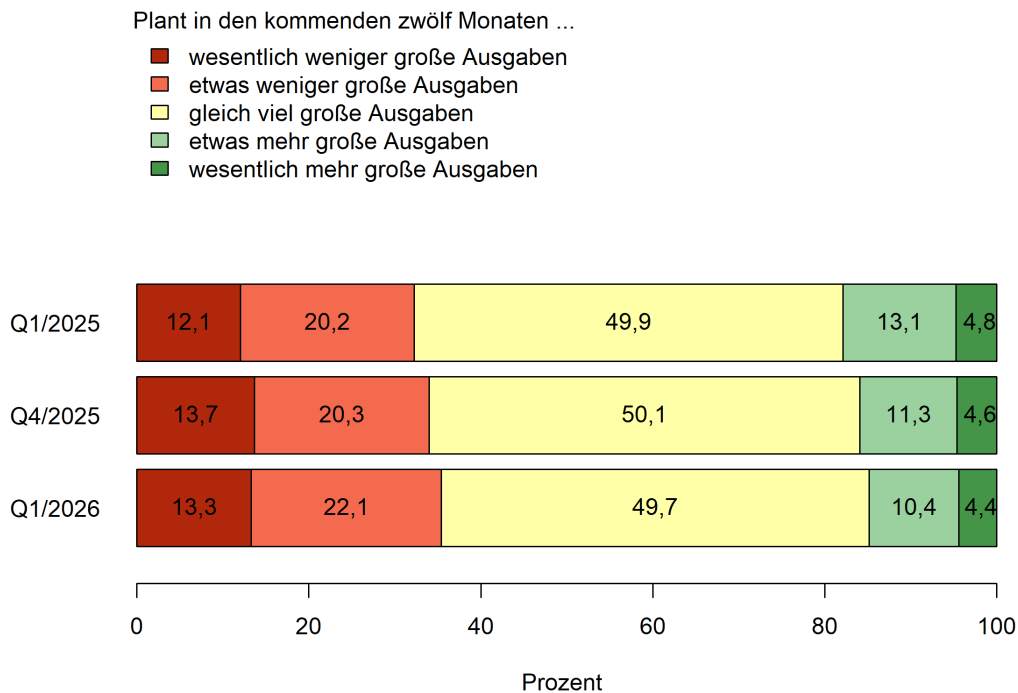


Quelle: STATISTIK AUSTRIA: „So geht’s uns heute“ (Welle 14: Q1/2025, Welle 15: Q2/2025, Welle 16: Q3/2025, Welle 17: Q4/2025, Welle 18: Q1/2026). Fragestellung: „Wenn Sie an die kommenden zwölf Monate denken: Wird das Haushaltseinkommen...?“ Antworten: viel / ein bisschen weniger werden. N (Q1/2025) = 3.880, N (Q2/2025) = 3.847, N (Q3/2025) = 3.829, N (Q4/2025) = 3.877, N (Q1/2026) = 3.522. Gewichtete Ergebnisse.

Geplante größere Ausgaben

Auch im ersten Quartal 2026 planten viele Befragte, in verschiedenen Lebensbereichen Einsparungen vorzunehmen. Besonders bei größeren Anschaffungen wie Möbel, Autos oder Reisen zeigt sich eine zurückhaltende Ausgabenbereitschaft. Auf die Frage, ob sie ihre Ausgaben für solche Anschaffungen in den kommenden zwölf Monaten verringern oder erhöhen würden, antworteten 35% der 18- bis 74-Jährigen, dass sie diese künftig reduzieren möchten (Abbildung 10). Damit erhöhte sich der Anteil im Vergleich zum Vorquartal (Q4/2025: 34%) und zum Vorjahreswert (Q1/2025: 32%) leicht. Die Hälfte der Befragten (50%) gab an, in den nächsten zwölf Monaten gleich viel große Ausgaben tätigen zu wollen, während 15% beabsichtigten, zukünftig etwas oder wesentlich mehr für größere Anschaffungen auszugeben.

Abbildung 10: Geplante größere Ausgaben in den kommenden zwölf Monaten (Q1/2025, Q4/2025, Q1/2026)



Quelle: STATISTIK AUSTRIA: „So geht’s uns heute“ (Welle 14: Q1/2025, Welle 17: Q4/2025, Welle 18: Q1/2026). Fragestellung: „Manche größere Ausgaben wie für Möbel, Auto oder Reisen sind nicht alltäglich. Planen Sie/Plant Ihr Haushalt in den kommenden zwölf Monaten für solche Dinge weniger oder mehr auszugeben als in den letzten zwölf Monaten.“ Antworten: wesentlich weniger / etwas weniger / gleich viel / etwas mehr / wesentlich mehr große Ausgaben. N (Q1/2025) = 3.880, N (Q4/2025) = 3.877, N (Q1/2026) = 3.522. Gewichtete Ergebnisse.

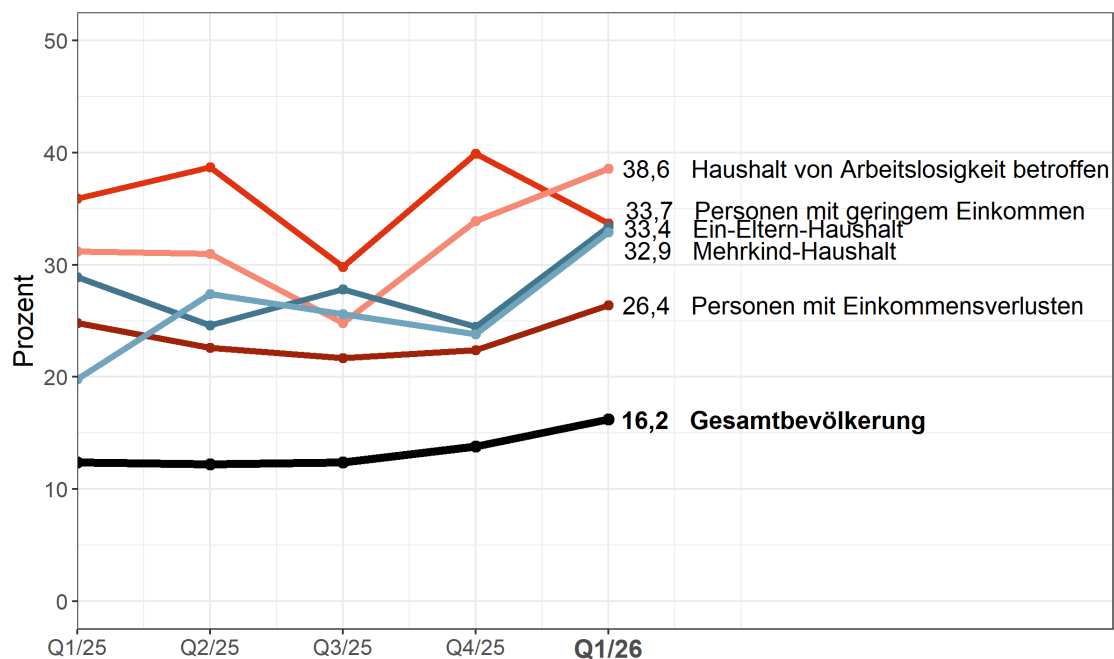
Erwartete Zahlungsschwierigkeiten bei Wohnkosten

Im ersten Quartal 2026 gaben 16% der 18- bis 74-Jährigen an, dass sie in den kommenden drei Monaten mit Zahlungsschwierigkeiten bei Miete, Wohnkrediten, Wohnnebenkosten oder Betriebskosten rechnen. Dieser Anteil fällt bei vulnerablen Gruppen deutlich höher aus als in der Gesamtbevölkerung. Bei Personen in von Arbeitslosigkeit betroffenen Haushalten lag der Anteil bei 39%, was einem Anstieg von 8 Prozentpunkten im Vergleich zum Vorjahr (Q1/2025: 31%) entspricht. 34% der Personen mit geringem Einkommen berichteten von erwarteten Zahlungsschwierigkeiten, gefolgt von Ein-Eltern-Haushalten (34%), Mehrkind-Haushalten (33%) sowie Personen mit Einkommensverlusten (26%). In allen vulnerablen Gruppen zeigen sich leicht steigende Anteile erwarteter

Zahlungsschwierigkeiten. Besonders deutlich fallen die Anstiege gegenüber dem Vorquartal jedoch bei Haushalten mit Kindern aus.

Insgesamt deuten die Ergebnisse auf eine weiterhin angespannte finanzielle Lage in den vulnerablen Gruppen hin. Besonders Personen in von Arbeitslosigkeit betroffenen Haushalten weisen mit 39% weiterhin überdurchschnittlich hohe Anteile erwarteter Zahlungsschwierigkeiten bei Wohnkosten auf. Dies erscheint vor dem Hintergrund der mit 1. Jänner 2026 in Kraft getretenen Maßnahmen zur Dämpfung von Mietsteigerungen zunächst überraschend. Möglicherweise sind deren (unmittelbaren) Auswirkungen zum Zeitpunkt der Erhebung nur begrenzt (Klien & Reschenhofer 2025).

Abbildung 11: Erwartete Zahlungsschwierigkeiten Wohnkosten (Q1/2025, Q2/2025, Q3/2025, Q4/2025, Q1/2026)

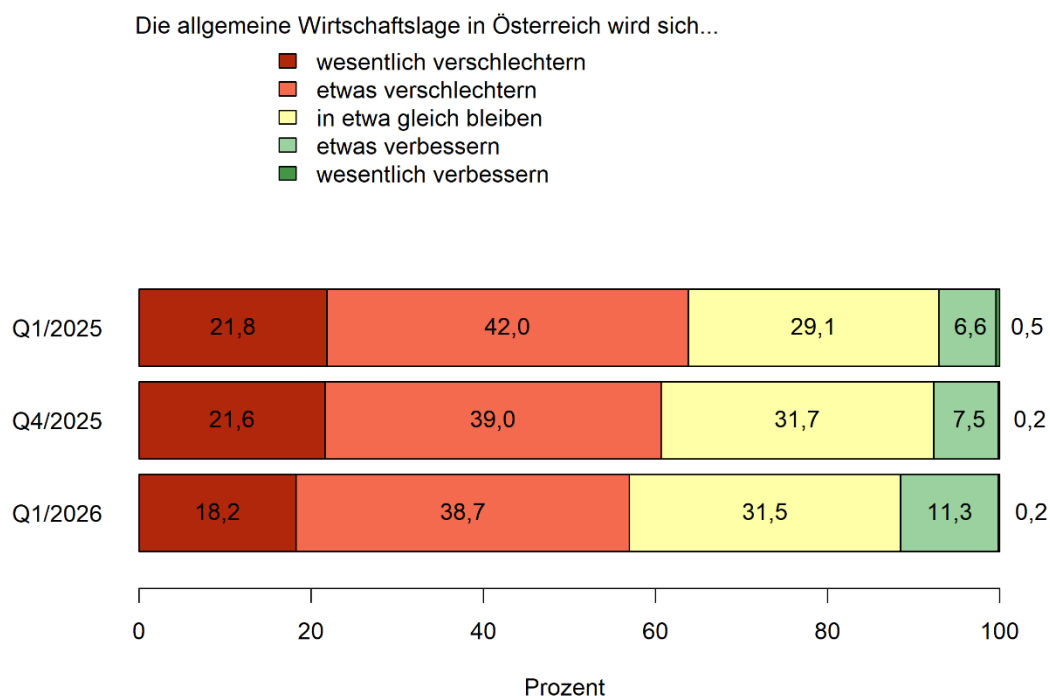


Quelle: STATISTIK AUSTRIA: „So geht’s uns heute“ (Welle 14: Q1/2025, Welle 15: Q2/2025, Welle 16: Q3/2025, Welle 17: Q4/2025, Welle 18: Q1/2026). Fragestellung: „Denken Sie jetzt bitte an Ihre gesamten Wohnkosten, also Miete, Wohnkredit, Betriebskosten und alle Wohnnebenkosten, wie zum Beispiel Strom, Gas, Heizung und Reparaturen. Erwarten Sie für die nächsten drei Monate Schwierigkeiten diese zu bezahlen?“ Antwort: Ja. N (Q1/2025) = 3.880, N (Q2/2025) = 3.847, N (Q3/2025) = 3.829, N (Q4/2025) = 3.877, N (Q1/2026) = 3.522. Gewichtete Ergebnisse.

Wirtschaftliche Lage in Österreich

Die Befragten blickten auch im ersten Quartal 2026 mit deutlicher Skepsis auf die wirtschaftliche Entwicklung in Österreich. 57% der 18- bis 74-Jährigen gingen davon aus, dass sich die allgemeine Wirtschaftslage in den kommenden zwölf Monaten (wesentlich) verschlechtern werde. Damit ist der Wert etwas niedriger als im Vorquartal (61%) sowie im ersten Quartal 2025 (64%). Etwa 12% rechneten mit einer Verbesserung, rund 32% erwarteten eine stabile Entwicklung (Abbildung 12). Besonders kritisch äußerten sich Personen mit Einkommensverlusten, von denen 65% eine Verschlechterung erwarteten. Auch Ein-Eltern-Haushalte (63%), von Arbeitslosigkeit betroffene Haushalte (61%) sowie Personen mit geringem Einkommen (58%) lagen über dem Durchschnitt der Gesamtbevölkerung. Mit Ausnahme von Personen mit geringem Einkommen gingen die pessimistischen Erwartungen gegenüber dem Vorquartal in allen vulnerablen Gruppen leicht zurück. Insgesamt bleiben die wirtschaftlichen Erwartungen in vulnerablen Gruppen negativer als in der Gesamtbevölkerung, die Unterschiede zwischen den Gruppen haben sich im Verlauf des letzten Jahres jedoch tendenziell verringert. Die Ergebnisse verdeutlichen, dass die wirtschaftliche Stimmungslage Anfang 2026 weiterhin von deutlichem Pessimismus geprägt ist, auch wenn sich die Erwartungen gegenüber dem Vorjahr leicht verbessert haben.

Abbildung 12: Erwartete Veränderung der wirtschaftlichen Lage in Österreich (Q1/2025, Q4/2025, Q1/2026)



Quelle: STATISTIK AUSTRIA: „So geht’s uns heute“ (Welle 14: Q1/2025, Welle 17: Q4/2025, Welle 18: Q1/2026). Fragestellung: „Wenn Sie an die kommenden 12 Monate denken: Wird sich die allgemeine Wirtschaftslage in Österreich...“ Antworten: wesentlich verschlechtern / etwas verschlechtern / in etwa gleich bleiben / etwas verbessern / wesentlich verbessern. N (Q1/2025) = 3.880, N (Q4/2025) = 3.877, N (Q1/2026) = 3.522. Gewichtete Ergebnisse.

Schwerpunktkapitel: Einschätzungen zu staatlichen Budgetmaßnahmen

Der aktuelle Bericht der „So geht’s uns heute“-Befragung legt einen Schwerpunkt auf die Einschätzungen zu staatlichen Budgetmaßnahmen in Österreich. Die Ergebnisse zeigen, dass das Budgetdefizit von der Bevölkerung als relevantes Problem wahrgenommen wird: Mehr als 90% der Befragten gaben an, dass ihnen das Budgetdefizit zumindest ein wenig Sorgen bereitet. Gleichzeitig berichtete ein erheblicher Teil der Befragten, seit dem ersten Quartal 2025 Verschlechterungen in den staatlichen Leistungen wahrgenommen zu haben, insbesondere in den Bereichen Wohnen sowie Gesundheitsversorgung. Auch für die Zukunft überwiegen pessimistische Erwartungen: 30% der Befragten rechnen damit, dass sich die von ihrem Haushalt bezogenen staatlichen Leistungen in den kommenden zwölf Monaten verringern werden. Bei den Einstellungen zu möglichen Konsolidierungsmaßnahmen zeigen sich deutliche Unterschiede. Besonders wenig Zustimmung erhalten Einsparungen bei Pensionen sowie die Erhöhung von Einkommenssteuern, Sozialversicherungsbeiträgen oder indirekten Steuern. Demgegenüber stoßen Maßnahmen, die zusätzliche Beiträge von vermögenden Personen oder Unternehmen vorsehen, auf breite Zustimmung. So befürwortet die Mehrheit der Befragten Vermögens-, Erbschafts- oder Gewinnsteuern als Beitrag zur Budgetkonsolidierung. Insgesamt verdeutlichen die Ergebnisse, dass die Bevölkerung dem Budgetdefizit hohe Bedeutung beimisst, gleichzeitig aber deutliche Vorbehalte gegenüber Kürzungen staatlicher Leistungen und zusätzlichen Belastungen breiter Bevölkerungsschichten bestehen.

Mit der Einleitung des EU-Defizitverfahrens gegen Österreich im Juli 2025 rückten das Budgetdefizit des österreichischen Staates sowie mögliche Maßnahmen zur Budgetkonsolidierung verstärkt in den Fokus der öffentlichen Debatte. Um ein Stimmungsbild der Bevölkerung einzufangen und zu untersuchen, wie die Diskussion über Einsparungs- und Konsolidierungsmaßnahmen wahrgenommen wird, wurden die Befragten im Rahmen der 18. Erhebungswelle gebeten, Auskunft über ihre Einschätzungen zu den staatlichen Budgetmaßnahmen zu geben. Untersucht wurden

dabei Sorgen hinsichtlich des Budgetdefizits, die Inanspruchnahme staatlicher Leistungen, wahrgenommene und erwartete Veränderungen staatlicher Leistungen sowie die Zustimmung zu verschiedenen Konsolidierungsmaßnahmen.

Die Darstellung der Ergebnisse erfolgt mit besonderem Augenmerk auf vulnerable Bevölkerungsgruppen, die häufig stärker auf staatliche Leistungen angewiesen sind und daher von möglichen Kürzungen besonders betroffen sein können. Darüber hinaus werden Sorgen hinsichtlich des Budgetdefizits nach Alter und Bildungsniveau sowie Einstellungen zu verschiedenen Konsolidierungsmaßnahmen in unterschiedlichen Einkommensgruppen betrachtet.

Die Erhebung der 18. Welle fand zwischen Mitte Februar und Anfang April 2026 statt. Die Ergebnisse spiegeln somit die Wahrnehmungen der Bevölkerung zu einem Zeitpunkt wider, an dem die Ausgestaltung weiterer Konsolidierungsmaßnahmen noch Gegenstand politischer Diskussionen war und verschiedene Vorschläge öffentlich debattiert wurden. Die zum Erhebungszeitpunkt aktuelle Berichterstattung und politische Diskussion könnten die Einschätzungen der Befragten entsprechend mitgeprägt haben.

Kontext

Infolge zahlreicher wirtschaftlicher Herausforderungen – insbesondere der anhaltenden Rezession und der hohen Inflation in den vergangenen Jahren – sowie der damit verbundenen zusätzlichen Staatsausgaben (bzw. verringerten Staatseinnahmen) stieg die Staatsverschuldung in Österreich in den vergangenen Jahren deutlich an und erreichte im Jahr 2024 395 Mrd. Euro (Fiskalrat Austria, 2025; Statistik Austria, 2026d). Die Schuldenquote belief sich damit auf 80% des österreichischen Bruttoinlandsprodukts (BIP), das Budgetdefizit für das Jahr 2024 auf 4,7% des BIP (Statistik Austria, 2026d; BMF, 2025). Österreich verfehlte demnach beide Maastricht-Kriterien der seit Frühjahr 2024 geltenden EU-Fiskalregeln, die ein Budgetdefizit von maximal 3% des BIP und eine Schuldenquote von maximal 60% des BIP vorsehen (Fiskalrat Austria, 2025). Im Juli 2025 wurde daher ein Verfahren wegen eines übermäßigen Defizits (ÜD-Verfahren) gegen Österreich eingeleitet, in dessen Rahmen Österreich von der EU aufgefordert wurde, das Budgetdefizit bis spätestens 2028 unter 3% des BIP zu reduzieren (BMF, 2025).

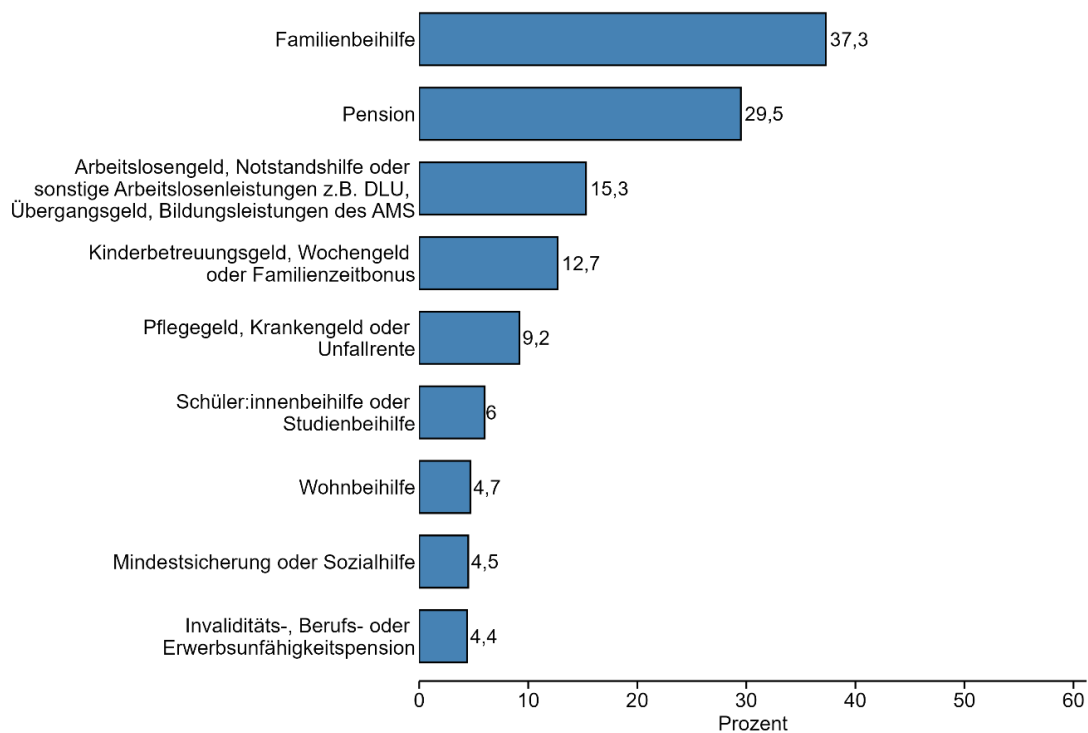
Vor dem Hintergrund dieses Defizitverfahrens wurden bereits erste Maßnahmen zur Budgetkonsolidierung umgesetzt und weitere Einsparungen angekündigt. Erste budgetäre

Anpassungen gab es bereits 2025, beispielsweise durch die Kürzung des Klimabonus (Parlament Österreich, 2025, S. 25f). Zu den bereits beschlossenen oder eingeleiteten Maßnahmen zählen Verschärfungen beim Zugang zur vorzeitigen Pensionierung, strengere Voraussetzungen für die Vereinbarung von Bildungskarenz, Einsparungen in der Verwaltung sowie das Auslaufen temporärer Förderinstrumente in den Bereichen Umwelt, Energie und Wirtschaft (Parlament Österreich, 2025, S. 31f). Darüber hinaus wurden auch die Bundesländer aufgefordert, Maßnahmen zur Budgetkonsolidierung zu setzen und Sparmaßnahmen auf Landesebene zu ergreifen. Welche weiteren mittel- bis langfristigen Maßnahmen in den kommenden Jahren umgesetzt werden, steht zum Zeitpunkt der Berichtsverfassung noch nicht fest und ist weiterhin Teil der Debatte. Diskutiert werden beispielsweise Pensionskürzungen (ORF, 2026a), Sparmaßnahmen im Hochschulbereich (Kroisleitner, 2026) sowie Reformen zur Senkung der Lohnnebenkosten und der strukturellen Saisonarbeitslosigkeit (ORF, 2026b).

Bezug staatlicher Leistungen

Um einen Überblick darüber zu bekommen, inwiefern und von welchen Personengruppen staatliche Leistungen in Anspruch genommen werden, wurden die Befragten im Rahmen der 18. Erhebungswelle gebeten, anzugeben, welche Leistungen ihr Haushalt in den vergangenen 12 Monaten bezogen hat. Zu den am häufigsten in Anspruch genommenen Leistungen zählt die Familienbeihilfe, die 37% der Befragten erhalten haben. Des Weiteren gaben etwa 30% der Befragten an, dass ihr Haushalt eine Pension bezogen hat. Arbeitslosengeld, Notstandshilfe oder sonstige Arbeitslosenleistungen wurden von 15% der Haushalte bezogen, während 13% angaben, Kinderbetreuungsgeld, Wochengeld oder Familienzeitbonus bezogen zu haben. Weitere staatliche Leistungen umfassen Pflegegeld, Krankengeld oder Unfallrente (9%), Schüler:innen- oder Studienbeihilfe (6%), Wohnbeihilfe (5%), Mindestsicherung oder Sozialhilfe (5%) und Invaliditäts-, Berufs- oder Erwerbsunfähigkeitspension (4%) (Abbildung 13).

Abbildung 13: Bezug von staatlichen Leistungen



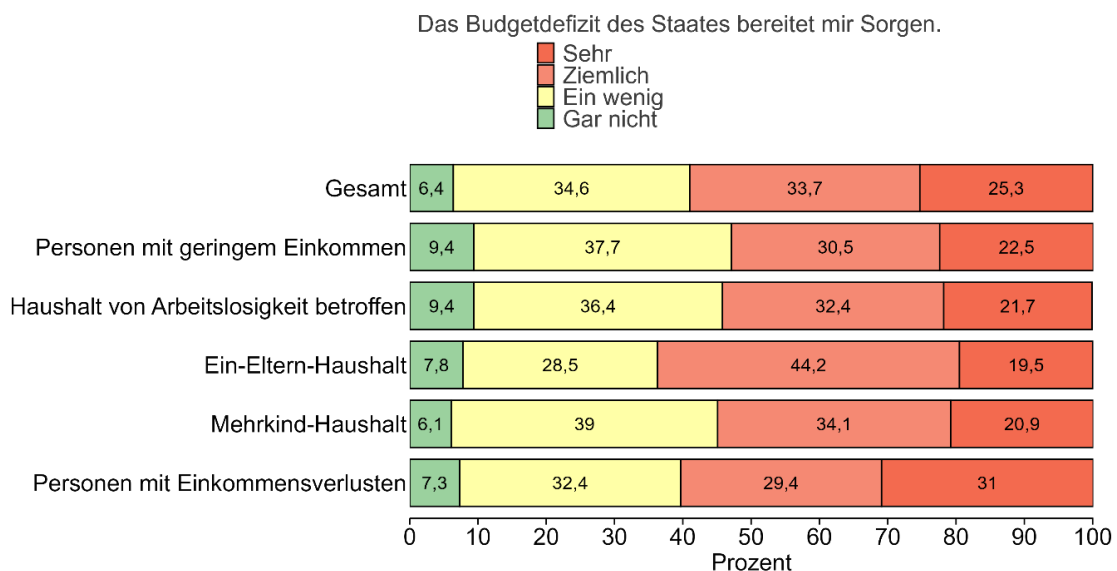
Quelle: STATISTIK AUSTRIA: „So geht’s uns heute“ (Welle 18: Q1/2026). Fragestellung: „Welche der folgenden Leistungen hat ihr Haushalt in den vergangenen 12 Monaten bezogen?“ N (Q1/2026) = 3.522. Gewichtete Ergebnisse.

Der Anteil an Personen, die staatliche Leistungen zur sozialen Absicherung beziehen, ist unter vulnerablen Bevölkerungsgruppen deutlich höher. So gaben 17% der Personen mit geringem Einkommen, 18% der Personen in von Arbeitslosigkeit betroffenen Haushalten, 15% der Personen in Ein-Eltern-Haushalten und 14% der Personen in Mehrkind-Haushalten an, in den vergangenen zwölf Monaten Mindestsicherung oder Sozialhilfe bezogen zu haben. Auch Wohnbeihilfe wurde von Personen mit geringem Einkommen (18%), Personen in Ein-Eltern-Haushalten (17%), Personen in Mehrkind-Haushalten (14%) sowie Personen in von Arbeitslosigkeit betroffenen Haushalten (12%) deutlich häufiger bezogen als in der Gesamtbevölkerung. Die Ergebnisse verdeutlichen, dass staatliche Unterstützungsleistungen insbesondere für vulnerable Bevölkerungsgruppen eine wichtige Rolle spielen. Veränderungen oder Einschränkungen dieser Leistungen könnten diese Gruppen daher besonders stark betreffen.

Sorgen

Ein erstes Stimmungsbild der Bevölkerung liefert die Frage, ob das staatliche Budgetdefizit Sorgen bereitet. Die Ergebnisse verdeutlichen, dass das Budgetdefizit als relevantes gesellschaftliches Problem wahrgenommen wird: Mehr als 90% der Befragten gaben an, dass ihnen das Budgetdefizit zumindest ein wenig Sorgen bereitet; rund ein Viertel äußerte sogar große Sorgen. Bei der Analyse nach vulnerablen Gruppen zeigen sich nur geringe Unterschiede: Personen in Haushalten mit geringem Einkommen sowie in von Arbeitslosigkeit betroffenen Haushalten machen sich etwas weniger Sorgen um das Budgetdefizit als die Gesamtbevölkerung, während Personen in Ein-Eltern-Haushalten etwas häufiger Sorgen äußerten (Abbildung 14).

Abbildung 14: Sorgen über Budgetdefizit

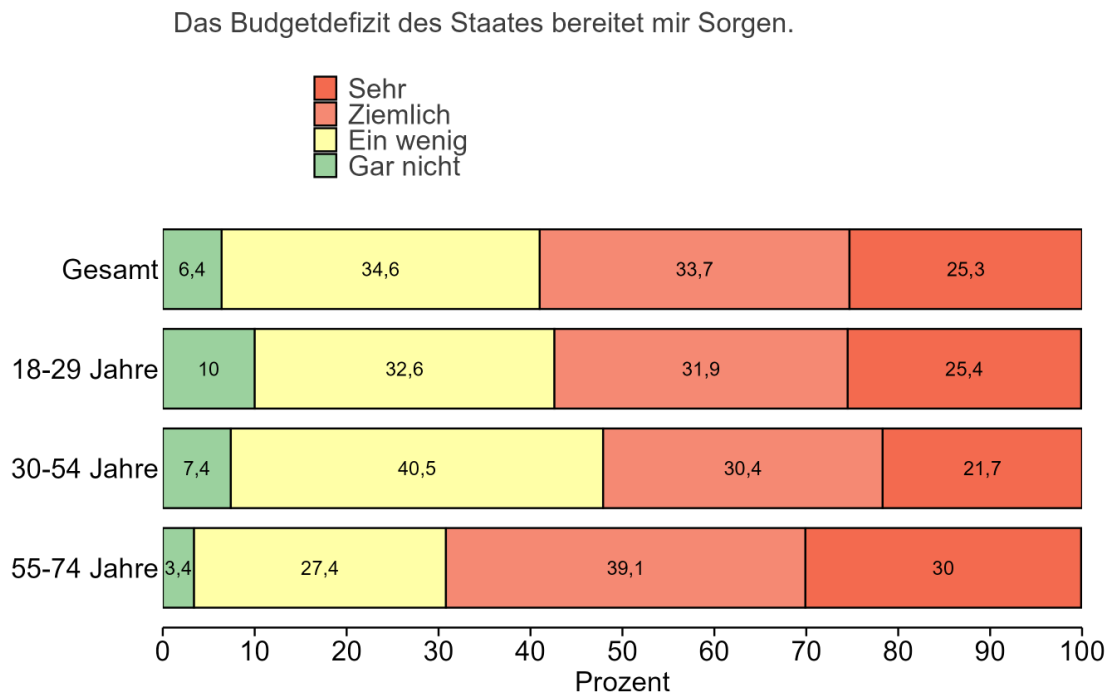


Quelle: STATISTIK AUSTRIA: „So geht’s uns heute“ (Welle 18: Q1/2026). Fragestellung: „Das Budgetdefizit des Staates bereitet mir Sorgen“ Antworten: Gar nicht / Ein wenig / Ziemlich / Sehr. N (Q1/2026) = 3.522. Gewichtete Ergebnisse.

Ein Vergleich nach Altersgruppen zeigt, dass das Budgetdefizit den älteren Generationen (55-74 Jahre) die meisten Sorgen bereitet (39% ziemliche Sorgen, 30% starke Sorgen). Auch jüngere Menschen machen sich überwiegend Sorgen um das Budgetdefizit. Der Anteil jener, die sich gar keine Sorgen machen, sinkt jedoch mit dem Alter: von 10% bei den 18- bis 29-Jährigen auf 3% bei den 55- bis 74-Jährigen (Abbildung 15). Mögliche

Erklärungen für die Unterschiede zwischen den Altersgruppen könnten in der höheren Abhängigkeit älterer Personen von staatlichen Leistungen wie Pensionen oder Pflegeleistungen liegen. So zeigt die Auswertung nach bezogenen Leistungen, dass Sorgen um das Budgetdefizit bei Personen, die eine Pension, Pflegegeld, Krankengeld oder eine Unfallrente beziehen, besonders ausgeprägt sind. Etwa 70% der Pensionsbezieher:innen bereitet das Budgetdefizit ziemliche oder starke Sorgen, 27% machen sich ein wenig Sorgen und nur 4% gaben an, dass ihnen das staatliche Budgetdefizit gar keine Sorgen bereitet. Bei älteren Generationen könnten zudem negative Erfahrungen aus bereits durchlebten Budgetkonsolidierungen eine Rolle spielen.

Abbildung 15: Sorgen über Budgetdefizit nach Alter



Quelle: STATISTIK AUSTRIA: „So geht’s uns heute“ (Welle 18: Q1/2026). Fragestellung: „Das Budgetdefizit des Staates bereitet mir Sorgen“ Antworten: Gar nicht / Ein wenig / Ziemlich / Sehr. N (Q1/2026) = 3.522. Gewichtete Ergebnisse.

Bei der Betrachtung nach Bildungsniveau zeigt sich, dass sich Personen mit hoher Bildung (tertiärer Bildungsabschluss) etwas weniger Sorgen über das Budgetdefizit machen als die Gesamtbevölkerung. Die größten Sorgen bestehen bei Personen mit mittlerer Bildung (Abschluss der Sekundarstufe II). So liegt der Anteil jener, die sich große Sorgen machen,

bei Personen mit niedriger bzw. mittlerer Bildung bei 26% bzw. 27%, während er bei Personen mit hoher Bildung lediglich 22% beträgt. Umgekehrt gaben 10% der Personen mit hoher Bildung an, dass ihnen das Budgetdefizit gar keine Sorgen bereitet, verglichen mit 5% der Personen mit mittlerer Bildung. Ein möglicher Erklärungsansatz dafür ist, dass Personen mit tertiärer Bildung seltener Sozialhilfe, Wohnbeihilfe, Arbeitslosenleistungen oder Pflege- bzw. Krankengeld beziehen und daher mögliche Auswirkungen budgetpolitischer Maßnahmen als weniger relevant für ihre persönliche Situation wahrnehmen als Personen mit niedrigem Bildungsniveau.

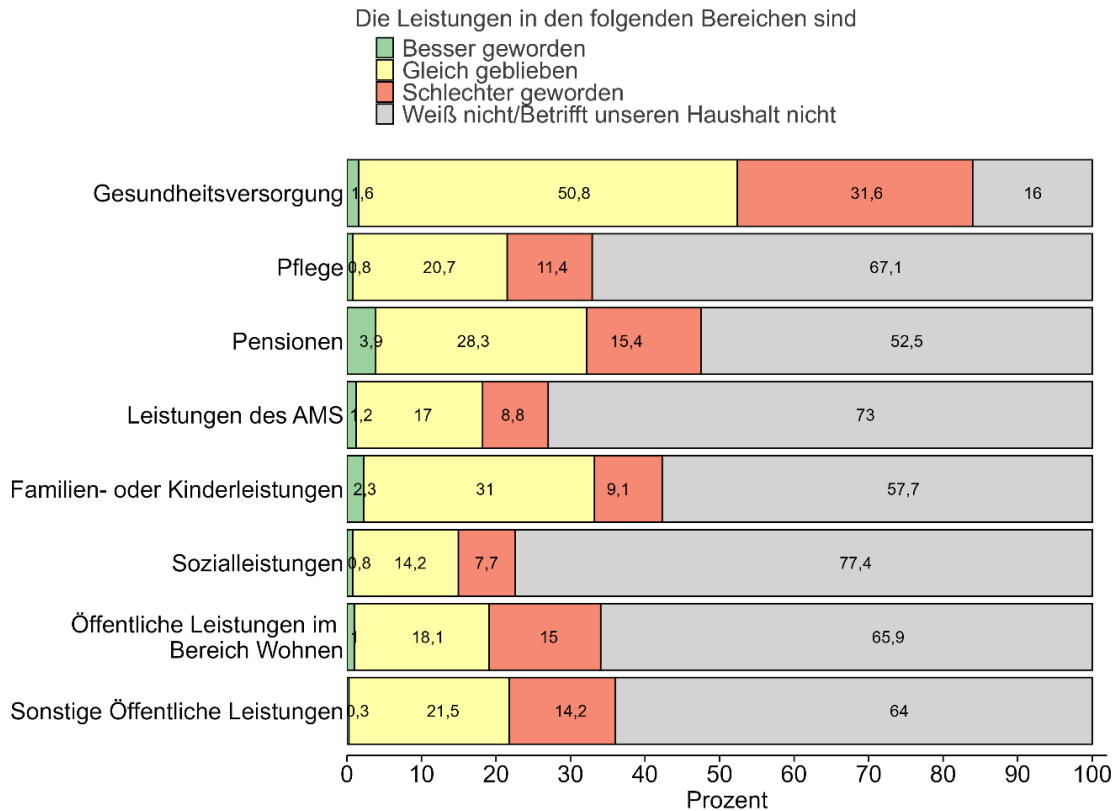
Wahrgenommene Veränderungen in Leistungen

Des Weiteren wurden die Teilnehmenden der 18. Erhebungswelle gefragt, ob sie im vergangenen Jahr Veränderungen bei verschiedenen staatlichen Leistungen wahrgenommen haben. Dabei konnten die Befragten ihre Einschätzungen unabhängig davon abgeben, ob sie die jeweiligen Leistungen tatsächlich beziehen. Die Antworten beruhen somit nicht zwangsläufig auf den Erfahrungen des eigenen Haushalts, sondern können auch Informationen, Beobachtungen oder Erlebnisse aus dem sozialen Umfeld widerspiegeln. Besonders häufig wurden die Bereiche Gesundheitsversorgung, Pensionen sowie Familien- und Kinderleistungen eingeschätzt; Antworten wie „Weiß nicht“ oder „Betrifft unseren Haushalt nicht“ fielen hier deutlich seltener aus als in anderen Kategorien. Dies dürfte darauf zurückzuführen sein, dass Leistungen in diesen Bereichen von einem großen Teil der Bevölkerung direkt oder indirekt wahrgenommen werden und daher von vielen Befragten beurteilt werden konnten.

Insgesamt zeigt sich, dass Verbesserungen nur selten wahrgenommen wurden. Die Mehrheit der Befragten gab an, dass die verschiedenen staatlichen Leistungen entweder gleichgeblieben oder schlechter geworden seien. Im Bereich der Gesundheitsversorgung nahmen rund 2% eine Verbesserung wahr, 51% berichteten von keiner Veränderung und 32% von einer Verschlechterung. Weitere 16% gaben keine Einschätzung ab und antworteten mit „Weiß nicht“ bzw. „Betrifft unseren Haushalt nicht“. Besonders häufig wurden Verschlechterungen bei staatlichen Leistungen im Bereich Wohnen wahrgenommen: Hier berichteten 15% der Gesamtbevölkerung (bzw. 44% derjenigen, die ihre Einschätzung dazu abgaben) von einer Verschlechterung. Auch bei den sonstigen öffentlichen Leistungen, die etwa öffentlichen Verkehr, Steuern, Abgaben und Gebühren sowie Maßnahmen zur Inflationsbekämpfung umfassen, wurden vergleichsweise häufig Verschlechterungen wahrgenommen. So berichteten hier weniger als 1% von einer

Verbesserung, 22% von keiner Veränderung und 14% von einer Verschlechterung (Abbildung 16).

Abbildung 16: Wahrgenommene Veränderungen in staatlichen Leistungen



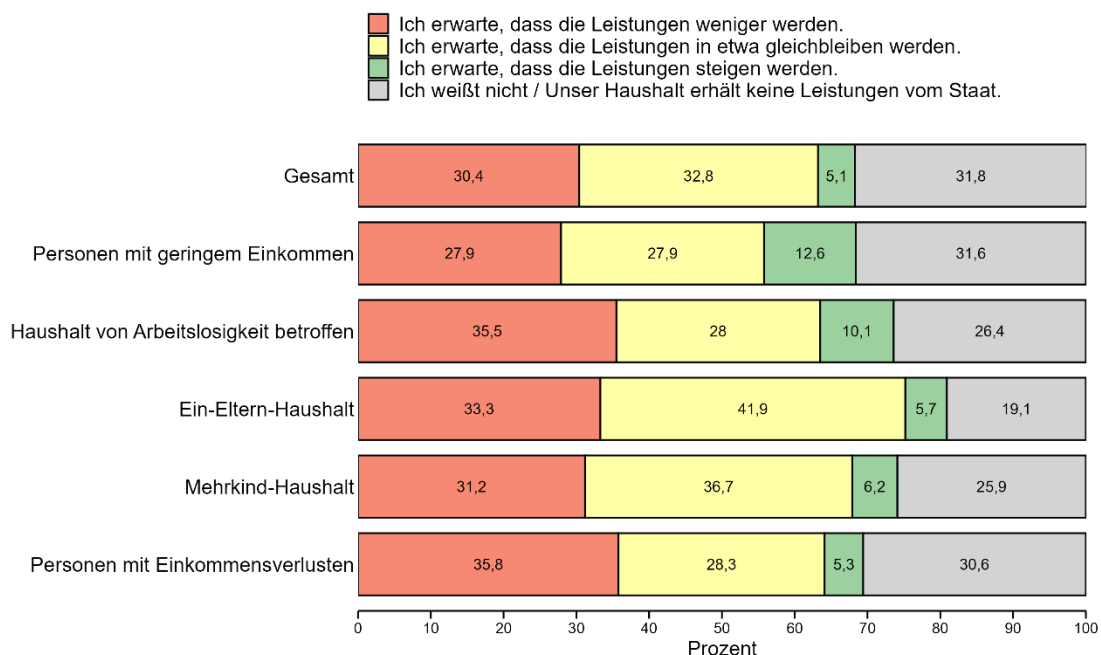
Quelle: STATISTIK AUSTRIA: „So geht’s uns heute“ (Welle 18: Q1/2026). Fragestellung: „Hat ihr Haushalt im vergangenen Jahr Veränderungen in den Leistungen des Staates in den folgenden Bereichen wahrgenommen?“ Antwortmöglichkeiten „Weiß nicht“ und „Betrifft unseren Haushalt nicht“ in einer Kategorie zusammengefasst. N (Q1/2026) = 3.522. Gewichtete Ergebnisse.

Familien- und Kinderleistungen wurden von 2% als verbessert, von 31% als unverändert und von 9% als verschlechtert wahrgenommen. Ein ähnliches Bild zeigt sich bei der Wahrnehmung von Veränderungen im Bereich der Pensionen. Von den 48% der Befragten, die hierzu eine Einschätzung abgaben, nahmen 8% eine Verbesserung, 60% keine Veränderung und 32% eine Verschlechterung der Pensionen im vergangenen Jahr wahr. Weniger negativ fällt die Einschätzung unter Pensionist:innen selbst aus: 23% berichteten von einer Verschlechterung im Bereich der Pensionen, 65% von keiner Veränderung und 12% von einer Verbesserung.

Erwartete Veränderung von Leistungen

Die Erwartungen hinsichtlich der Entwicklung staatlicher Leistungen in den kommenden zwölf Monaten fallen insgesamt eher pessimistisch aus. 30% der Befragten gehen davon aus, dass staatliche Leistungen zurückgehen werden, 33% erwarten keine wesentlichen Veränderungen und lediglich 5% rechnen mit einer Ausweitung der Leistungen. 32% der Befragten gaben mit „Weiß nicht“ oder „Unser Haushalt erhält keine Leistungen vom Staat“ keine Einschätzung ab. Auch unter den vulnerablen Bevölkerungsgruppen überwiegen pessimistische Erwartungen. Auffällig sind jedoch Personen mit geringem Einkommen, die etwas optimistischer in die Zukunft blicken: Mit 13% erwartet hier ein deutlich höherer Anteil Verbesserungen staatlicher Leistungen als in den übrigen Bevölkerungsgruppen (Abbildung 17).

Abbildung 17: Erwartete Veränderungen von staatlichen Leistungen



Quelle: STATISTIK AUSTRIA: „So geht’s uns heute“ (Welle 18: Q1/2026). Fragestellung: „Wenn sie an die kommenden 12 Monate denken: Wie glauben Sie, dass sich die staatlichen Leistungen, die Sie bekommen, verändern werden?“ N (Q1/2026) = 3.522. Gewichtete Ergebnisse.

Auch die Sorgen um das Budgetdefizit scheinen mit den Erwartungen hinsichtlich staatlicher Leistungen zusammenzuhängen. Personen, denen das Budgetdefizit starke

Sorgen bereitet, rechnen tendenziell weniger mit steigenden Leistungen in den kommenden zwölf Monaten. Umgekehrt erwarten 44% der Personen mit starken Sorgen einen Rückgang staatlicher Leistungen, verglichen mit 25% jener, denen das Budgetdefizit keine Sorgen bereitet, und 22% jener, denen es nur ein wenig Sorgen bereitet.

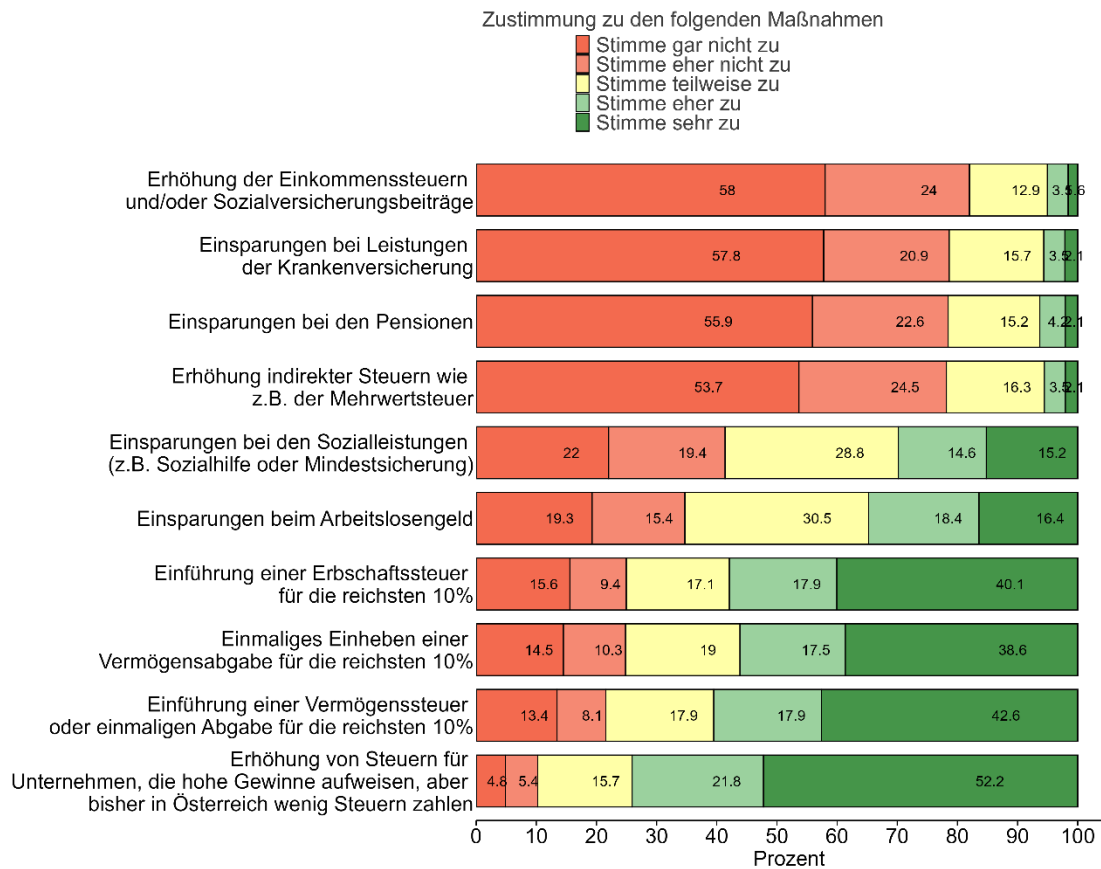
Zustimmung zu Maßnahmen

Angesichts der aktuellen Debatte über Maßnahmen zur Reduktion des Budgetdefizits wurden die Teilnehmenden der 18. Erhebungswelle gebeten anzugeben, inwieweit sie verschiedenen Vorschlägen zur Budgetkonsolidierung zustimmen (Abbildung 18). Die geringste Unterstützung erhielten die Erhöhung von Einkommenssteuern bzw. Sozialversicherungsbeiträgen (82% „Stimme gar nicht / eher nicht zu“) sowie Einsparungen bei Pensionen, die Erhöhung indirekter Steuern wie der Mehrwertsteuer und Einsparungen bei Leistungen der Krankenversicherung (jeweils 79% „Stimme gar nicht / eher nicht zu“).

Gespalten zeigen sich die Meinungen zu Einsparungen bei Sozialleistungen und beim Arbeitslosengeld. Einsparungen bei Sozialleistungen wie Sozialhilfe oder Mindestsicherung wurden von 41% abgelehnt, von 29% teilweise unterstützt und von 30% befürwortet. Einsparungen beim Arbeitslosengeld wurden von 35% abgelehnt und ebenfalls von 35% befürwortet.

Deutlich höhere Zustimmung erhielten Maßnahmen, die zusätzliche Abgaben für die reichsten 10% der Bevölkerung vorsehen. So befürworteten 58% die Einführung einer Erbschaftssteuer für die reichsten 10%, 56% eine einmalige Vermögensabgabe für die reichsten 10% und 61% eine Vermögenssteuer oder einmalige Abgabe für die reichsten 10%. Die höchste Zustimmung erhielt die Anhebung von Steuern für Unternehmen, die hohe Gewinne erzielen, in Österreich jedoch bisher wenig Steuern zahlen. Dieser Maßnahme stimmten 74% der Befragten eher oder sehr zu. Sonstige, in Freitextantworten genannte Vorschläge betrafen unter anderem eine Verschlankung des Staates (1%) sowie Einsparungen im Bereich Sozialleistungen oder Asyl (1%).

Abbildung 18: Zustimmung zu Maßnahmen zur Reduzierung des Budgetdefizits



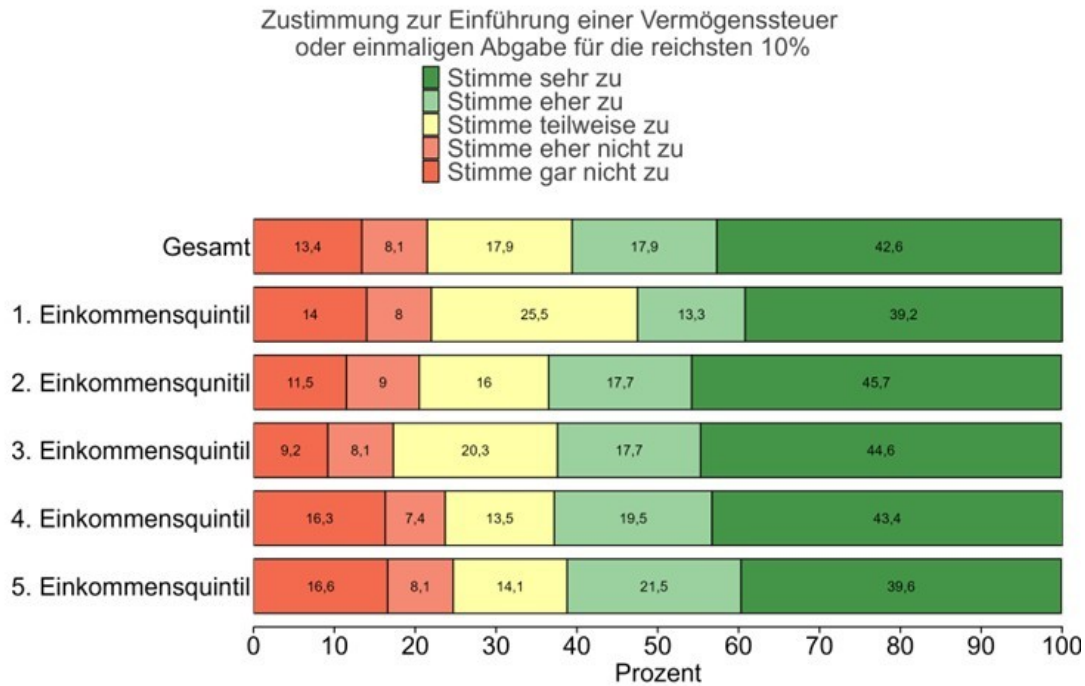
Quelle: STATISTIK AUSTRIA: „So geht’s uns heute“ (Welle 18: Q1/2026). Fragestellung: „Wir möchten wissen, ob Sie finden, dass das Budgetdefizit mit den folgenden Maßnahmen reduziert werden soll. Bitte sagen Sie uns, ob sie den folgenden Vorschlägen zustimmen, oder nicht.“ N (Q1/2026) = 3.522. Gewichtete Ergebnisse.

Ein näherer Blick auf die Zustimmung zur Einführung einer Vermögenssteuer nach Einkommensquintilen¹⁶ zeigt nur geringe Unterschiede zwischen den Einkommensgruppen. Die Zustimmung liegt in den mittleren und höheren Einkommensquintilen zwar etwas über jener im niedrigsten Einkommensquintil, insgesamt lässt sich jedoch kein eindeutiger Zusammenhang zwischen Einkommen und der Zustimmung zu Vermögenssteuern erkennen (Abbildung 19). Dabei ist zu

¹⁶ Einkommensquintile teilen die Bevölkerung nach ihrem Einkommen in fünf gleich große Gruppen ein. Das erste Quintil umfasst die 20% mit den niedrigsten Einkommen, das fünfte Quintil die 20% mit den höchsten Einkommen.

berücksichtigen, dass das Einkommen nur eingeschränkt Rückschlüsse auf die Vermögenssituation einer Person zulässt.

Abbildung 19: Zustimmung zur Einführung einer Vermögenssteuer oder einmaligen Abgabe für die reichsten 10% nach Einkommensquintilen



Quelle: STATISTIK AUSTRIA: „So geht’s uns heute“ (Welle 18: Q1/2026). Fragestellung: „Wir möchten wissen, ob Sie finden, dass das Budgetdefizit mit den folgenden Maßnahmen reduziert werden soll. Bitte sagen Sie uns, ob sie den folgenden Vorschlägen zustimmen, oder nicht.“ N (Q1/2026) = 3.522. Gewichtete Ergebnisse.

Auch bei den übrigen Maßnahmen zeigen sich nur geringe Unterschiede zwischen den betrachteten Bevölkerungsgruppen. Über nahezu alle Gruppen hinweg finden Maßnahmen zur stärkeren Besteuerung hoher Unternehmensgewinne sowie Vermögens- und Erbschaftssteuern die größte Zustimmung. Die Anhebung von Steuern für Unternehmen mit hohen Gewinnen zählt in allen betrachteten Gruppen zu den am stärksten befürworteten Maßnahmen. Ebenfalls auf breite Zustimmung stoßen die Einführung einer Vermögenssteuer bzw. einer einmaligen Vermögensabgabe sowie die Einführung einer Erbschaftssteuer für die reichsten 10% der Bevölkerung (Tabelle 4).

Tabelle 4: Top-4 meist zugestimmte Maßnahmen zur Reduktion des Budgetdefizits nach Bevölkerungsgruppe

	Höhere Gewinnsteuern für Unternehmen	Vermögenssteuer oder einmalige Abgabe für oberste 10%	Einmalige Vermögensabgabe für oberste 10%	Erbschaftssteuer für oberste 10%
Gesamt	74,0%	60,5%	56,1%	58,0%
Einkommensstärkste 20%	79,6%	61,1%	50,9%	56,3%
Personen mit geringem Einkommen	59,3%	44,5%	44,5%	42,1%
Haushalt von Arbeitslosigkeit betroffen	67,0%	58,9%	56,9%	54,7%
Ein-Eltern-Haushalt	76,8%	69,6%	69,5%	67,7%
Mehrkind-Haushalt	68,8%	55,6%	53,5%	53,2%
Personen mit Einkommensverlusten	76,0%	60,4%	56,9%	56,7%

Quelle: STATISTIK AUSTRIA: „So geht’s uns heute“ (Welle 18: Q1/2026). Basierend auf der Fragestellung: „Wir möchten wissen, ob Sie finden, dass das Budgetdefizit mit den folgenden Maßnahmen reduziert werden soll. Bitte sagen Sie uns, ob sie den folgenden Vorschlägen zustimmen, oder nicht.“ Top-4 Maßnahmen pro Bevölkerungsgruppe nach Betrachtung der Kategorien „Stimme sehr zu“ und „Stimme eher zu“. N (Q1/2026) = 3.522. Gewichtete Ergebnisse.

Insgesamt zeigen die Ergebnisse eine breite Zustimmung zu Maßnahmen, die zusätzliche Beiträge von vermögenden Personen oder Unternehmen vorsehen, während Einsparungen bei Pensionen, Leistungen der Krankenversicherung sowie Steuererhöhungen für breite Teile der Bevölkerung deutlich abgelehnt werden. Dies deutet darauf hin, dass Konsolidierungsmaßnahmen vor allem dann auf Akzeptanz stoßen, wenn sie primär hohe Vermögen und Unternehmensgewinne betreffen.

Fazit

Die Ergebnisse der 18. Befragungswelle der „So geht’s uns heute“-Befragung von Statistik Austria zeigen, dass die finanzielle Situation vieler Haushalte in Österreich weiterhin angespannt bleibt. Zwar ist der Anteil jener Personen, die Schwierigkeiten haben, mit ihrem Einkommen auszukommen, gegenüber dem Vorjahr weitgehend unverändert geblieben, gleichzeitig berichteten jedoch 34% der 18- bis 74-Jährigen, dass sie im Vergleich zum Vorjahr schlechter mit ihrem Haushaltseinkommen zurechtkommen. Besonders betroffen sind weiterhin vulnerable Bevölkerungsgruppen, insbesondere Personen mit geringem Einkommen, Personen in von Arbeitslosigkeit betroffenen Haushalten sowie Ein-Eltern-Haushalte.

Die Ergebnisse deuten zudem auf eine anhaltend hohe Belastung durch steigende Lebenshaltungskosten hin. Personen, die eine Verschlechterung ihrer finanziellen Situation wahrnahmen, nannten besonders häufig gestiegene Ausgaben für Lebensmittel sowie höhere Energie- und Wohnkosten als Ursache. Gleichzeitig bleibt die Wohnkostenbelastung für viele Haushalte hoch, und vulnerable Bevölkerungsgruppen berichten weiterhin deutlich häufiger von finanziellen Schwierigkeiten im Zusammenhang mit dem Wohnen als die Gesamtbevölkerung.

Auch die Erwartungen hinsichtlich der zukünftigen wirtschaftlichen Entwicklung bleiben von Skepsis geprägt. Zwar ist der Anteil jener, die eine Verschlechterung der allgemeinen Wirtschaftslage erwarten, gegenüber dem Vorjahr leicht zurückgegangen, dennoch rechnen weiterhin 57% der Befragten mit einer wirtschaftlichen Verschlechterung in Österreich. Jede fünfte Person erwartet zudem einen Rückgang des eigenen Haushaltseinkommens in den kommenden zwölf Monaten. Besonders pessimistisch fallen die Erwartungen bei Personen mit Einkommensverlusten sowie in vulnerablen Bevölkerungsgruppen aus.

Ein Schwerpunkt der 18. Erhebungswelle widmete sich den Einschätzungen zu staatlichen Budgetmaßnahmen. Die Ergebnisse zeigen, dass das staatliche Budgetdefizit von der Bevölkerung als relevantes Problem wahrgenommen wird. Mehr als 90% der Befragten gaben an, dass ihnen das Budgetdefizit zumindest ein wenig Sorgen bereitet. Gleichzeitig berichteten viele Personen, bereits Verschlechterungen bei staatlichen Leistungen wahrgenommen zu haben, insbesondere im Bereich der Gesundheitsversorgung. Auch für die

kommenden zwölf Monate überwiegen pessimistische Erwartungen: Fast ein Drittel der Befragten rechnet mit einem Rückgang staatlicher Leistungen.

Die Ergebnisse deuten außerdem darauf hin, dass die Bevölkerung die Notwendigkeit einer Budgetkonsolidierung grundsätzlich anerkennt, gleichzeitig aber großen Wert auf den Erhalt zentraler staatlicher Leistungen legt. Besonders vulnerable Bevölkerungsgruppen, die überdurchschnittlich häufig auf staatliche Unterstützungsleistungen angewiesen sind, erwarten häufiger Leistungseinschränkungen und dürften mögliche Kürzungen daher mit besonderer Aufmerksamkeit verfolgen. Auffällig ist zudem, dass Maßnahmen zur Reduktion des Budgetdefizits nicht gleichermaßen bewertet werden. Während Einsparungen bei Pensionen, Leistungen der Krankenversicherung oder zusätzliche Belastungen breiter Bevölkerungsschichten auf deutliche Ablehnung stoßen, erhalten Maßnahmen, die höhere Beiträge von vermögenden Personen oder Unternehmen vorsehen, breite Zustimmung – und zwar weitgehend unabhängig von Einkommen oder sozialer Lage. Die Ergebnisse legen somit nahe, dass die Bevölkerung die Budgetkonsolidierung nicht grundsätzlich ablehnt, aber Maßnahmen mit einer Verteilungswirkung von oben nach unten tendenziell bevorzugt.

Erläuterungen und Definitionen

Ergebnisdokumentation

Zu den Ergebnisberichten sowie zu weiteren Ressourcen zum Panel gelangt man über die Erhebungswebsite: www.statistik.at/so-gehts-uns-heute bzw. über die Seite zu sozialen Krisenfolgen: <https://statistik.at/statistiken/bevoelkerung-und-soziales/einkommen-und-soziale-lage/soziale-krisenfolgen>

Glossar

Erläuterungen und Definitionen zu den Grunddaten der befragten Personen und Haushalte sind unter folgendem Link zu finden:

<https://ws21red.statistik.local/fileadmin/pages/1818/2026-Glossar.pdf>

Fragebogen

Der Fragebogen der Online-Befragung kann hier abgerufen werden: www.statistik.at/so-gehts-uns-heute

Tabellenverzeichnis

Tabelle 1: Risikofaktoren für soziale Gefährdungslagen (Q1/2026)	11
Tabelle 2: Veränderung des Haushaltseinkommens in den letzten zwölf Monaten innerhalb der vulnerablen Gruppen (Q1/2025, Q4/2025, Q1/2026)	15
Tabelle 3: Indikatoren zur sozialen oder materiellen Deprivation für die Bevölkerung zwischen 18 und 74 Jahren (Q1/2025, Q4/2025, Q1/2026)	23
Tabelle 4: Top-4 meist zugestimmte Maßnahmen zur Reduktion des Budgetdefizits nach Bevölkerungsgruppe.....	47
Tabelle 5: Finanzielle Situation der Bevölkerung	64
Tabelle 6: Indikatoren zur sozialen oder materiellen Deprivation	65
Tabelle 7: Lebens- und finanzielle Zufriedenheit der Bevölkerung	67
Tabelle 8: Finanzielle Situation bei Kindern unter 18 Jahren.....	68
Tabelle 9: Materielle Deprivation bei Kindern unter 18 Jahren.....	70

Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1: Veränderung des Haushaltseinkommens in den letzten zwölf Monaten (Q1/2025, Q4/2025, Q1/2026).....	14
Abbildung 2: Schwierigkeiten, mit dem Haushaltseinkommen auszukommen (Q1/2025, Q2/2025, Q3/2025, Q4/2025, Q1/2026).....	17
Abbildung 3: Veränderung im Auskommen mit dem Einkommen im Vergleich zu vor zwölf Monaten (Q1/2026)	18
Abbildung 4: Hauptgrund für schlechteres Auskommen mit dem Einkommen (Q1/2026)	19
Abbildung 5: Unerwartete Ausgaben nicht bezahlen zu können (Q1/2025, Q2/2025, Q3/2025, Q4/2025, Q1/2026)	21
Abbildung 6: Zahlungsverzug im jeweils vorangegangenen Quartal (Q1/2025, Q2/2025, Q3/2025, Q4/2025, Q1/2026)	25
Abbildung 7: Wohnkosten als schwere finanzielle Belastung (Q1/2025, Q2/2025, Q3/2025, Q4/2025, Q1/2026)	27
Abbildung 8: Erwartete Veränderung des Haushaltseinkommens in den kommenden zwölf Monaten (Q1/2025, Q4/2025, Q1/2026).....	29
Abbildung 9: Erwartete Verringerung des Haushaltseinkommens in den kommenden zwölf Monaten nach vulnerablen Gruppen (Q1/2025, Q2/2025, Q3/2025, Q4/2025, Q1/2026)	30
Abbildung 10: Geplante größere Ausgaben in den kommenden zwölf Monaten (Q1/2025, Q4/2025, Q1/2026)	31
Abbildung 11: Erwartete Zahlungsschwierigkeiten Wohnkosten (Q1/2025, Q2/2025, Q3/2025, Q4/2025, Q1/2026)	32
Abbildung 12: Erwartete Veränderung der wirtschaftlichen Lage in Österreich (Q1/2025, Q4/2025, Q1/2026)	34
Abbildung 13: Bezug von staatlichen Leistungen.....	38
Abbildung 14: Sorgen über Budgetdefizit	39
Abbildung 15: Sorgen über Budgetdefizit nach Alter.....	40
Abbildung 16: Wahrgenommene Veränderungen in staatlichen Leistungen.....	42
Abbildung 17: Erwartete Veränderungen von staatlichen Leistungen	43
Abbildung 18: Zustimmung zu Maßnahmen zur Reduzierung des Budgetdefizits	45
Abbildung 19: Zustimmung zur Einführung einer Vermögenssteuer oder einmaligen Abgabe für die reichsten 10% nach Einkommensquintilen	46

Literaturverzeichnis

Arbeitsmarktservice Österreich: Arbeitsmarkt April 2026. Mai 2026. AMS Österreich 2026, S. 1–4.

https://www.ams.at/content/dam/download/arbeitsmarktdaten/wien/900_arbeitsmarktreport_april_2026.pdf

Brunner, Sebastian/Juen, Isabella/Mühlböck, Monika/Enachescu, Janina/Wittmann, Lena/Lamei, Nadja/Foissner, Franziska: So geht's uns heute: die sozialen Krisenfolgen im zweiten Quartal 2024 – Schwerpunkt: Auswirkungen von Arbeitslosigkeit. In: BMSGPK 2024a, S. 1-66. <https://www.sozialministerium.at/dam/jcr:8d8942ed-41c9-465d-8845-61933c7e9559/BerichtW11%20Soziale%20Krisenfolgen%2020241008%20.pdf>

Brunner, Sebastian /Mühlböck, Monika/Spoljaric, Katarina/Enachescu, Janina/Wittmann, Lena/Lamei, Nadja/Foissner, Franziska: So geht's uns heute: die sozialen Krisenfolgen im dritten Quartal 2024 – Schwerpunkt: Unterschiede zwischen Haushaltskonstellationen. In: BMSGPK 2024b, S. 1-66. https://www.sozialministerium.at/dam/sozialministeriumat/Anlagen/Services/Studien/Veroeffentlichungen-gemae%C3%9F-Art.-20-Abs-5-B-VG/W12-Soziale-Krisenfolgen-20241216_.pdf

Brunner, Sebastian /Mühlböck, Monika/Spoljaric, Katarina/Enachescu, Janina/Wittmann, Lena/Lamei, Nadja: So geht's uns heute: die sozialen Krisenfolgen im vierten Quartal 2024 – Schwerpunkt: Generationengerechtigkeit. In: BMSGPK 2024c, S. 1-69. https://www.sozialministerium.gv.at/dam/sozialministeriumat/Anlagen/Themen/Soziales/Soziale-Themen/Allgemeine-Sozialpolitik/So-geht-s-uns-heute-W13-Soziale-Krisenfolgen_20250320.pdf

Bundesministerium für Finanzen. ÜD-Verfahren: Österreich hat seine Hausaufgaben bereits gemacht. BMF 2025.

<https://www.bmf.gv.at/presse/pressemeldungen/2025/juli/ued-verfahren.html>

Bundesministerium für Finanzen und Bundesministerium für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz: Expert:innengruppe zur Beobachtung und Analyse der Inflationsentwicklung (EBAI) 1. Bericht. BMF und BMSGPK 2022a, S. 1-177.

https://www.sozialministerium.at/dam/sozialministeriumat/Anlagen/Themen/Konsumentenschutz/Berichte-und-Studien/220707-EBAI-1.-Bericht_final.pdf

Bundesministerium für Finanzen und Bundesministerium für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz: Expert:innengruppe zur Beobachtung und Analyse der Inflationsentwicklung (EBAI) 2. Bericht. BMF und BMSGPK 2022b, S. 1-42.

<https://www.sozialministerium.at/dam/sozialministeriumat/Anlagen/Themen/Soziales/Soziale-Themen/Allgemeine-Sozialpolitik/2.EBAI-Bericht-barrierefrei.pdf>

Bundesministerium für Finanzen und Bundesministerium für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz: Expert:innengruppe zur Beobachtung und Analyse der Inflationsentwicklung (EBAI) 3. Bericht. BMF und BMSGPK 2023, S. 1-55.

https://www.sozialministerium.at/dam/jcr:9e38887d-7c0a-4aae-8ddb-109adfd3b10b/230607_3_EBAI-Bericht_barrierefrei.pdf

Bundesministerium für Finanzen und Bundesministerium für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz: Expert:innengruppe zur Beobachtung und Analyse der Inflationsentwicklung (EBAI) 4. Bericht. BMF und BMSGPK 2024, S. 1-64.

https://www.sozialministerium.at/dam/jcr:9fc8940b-98dd-4a92-9b39-370694e7c67c/4.%20EBAI-Bericht_barrierefrei.pdf

Bundesministerium für Inneres: Nationalratswahl 2024 – endgültiges Ergebnis. BMI 2024.
<https://www.bundeswahlen.gv.at/2024/nr/>

Bundesministerium für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz: Covid-19: Analyse der sozialen Lage in Österreich. BMSGPK 2020, S. 1-318.

https://www.sozialministerium.at/dam/jcr:5f807a53-5dce-4395-8981-682b5f1dc23b/BMSGPK_Analyse-der-sozialen-Lage.pdf

Bundesministerium für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz: Sozial- und Familienleistungen werden 2025 erneut an Inflation angepasst. Pressemitteilung OTS0004.

BMSGPK 2024. https://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20241227_OTS0004/sozial-und-familienleistungen-werden-2025-erneut-an-inflation-angepasst

Dawid, Evelyn: Armutsbetroffene und die Corona-Krise. Eine Erhebung zur sozialen Lage aus der Sicht von Betroffenen. In: BMSGPK 2020, S. 1-56.

https://www.sozialministerium.at/dam/jcr:e655d53a-0349-4c10-a8e8-88bf1de9f4ca/BMSGPK_Armutskonferenz.pdf

Dawid, Evelyn: Die Teuerung und das untere Einkommensdrittel: Wirkungen und Strategien. In: BMSGPK 2023, S. 66-157.

https://www.sozialministerium.at/dam/jcr:bb171702-ad62-477a-9109-b6cdddc5afb3/Sammelband_Inflation_final_pdfUA.pdf

Europäische Zentralbank (EZB): Economic Bulletin, Issue 8/2024. Frankfurt am Main: European Central Bank. 2024. S. 59-63.

<https://www.ecb.europa.eu/pub/pdf/ecbu/eb202408.en.pdf>

Eurostat: Statistics explained. Glossar: Schwerer Anteil an materieller und soziale Entbehrungsquote (SMSD). Eurostat 2022. [https://ec.europa.eu/eurostat/statistics-explained/index.php?title=Glossary:Severe material and social deprivation rate \(SMS\)](https://ec.europa.eu/eurostat/statistics-explained/index.php?title=Glossary:Severe_material_and_social_deprivation_rate_(SMS))

Fessler, Pirmin / Lindner, Peter / Schürz, Martin: Eurosystem Household Finance and Consumption Survey 2017 for Austria. In: Monetary Policy & the Economy, Oesterreichische Nationalbank (Austrian Central Bank), 18. Q4/2019. S. 36–66.

Fiskalrat Austria. Bericht über die Einhaltung der Fiskalregeln: 2024-2029. 2025.

<https://www.fiskalrat.at/dam/jcr:70e767b5-95c5-427e-bf21-5108ca9c8569/Fiskalregelbericht-Juni%202025-Web.pdf>

Heitzmann, Karin/Pennerstorfer, Astrid: Armutsgefährdung und soziale Ausgrenzung von Ein-Eltern- Haushalten in Österreich. In: BMSGPK 2021, S. 1-99.

https://www.sozialministerium.at/dam/jcr:a76c2af7-52c3-44e1-bb33-971d77aef0ed/Armut_Alleinerziehende_Endbericht.pdf

Heitzmann, Karin/Pennerstorfer, Astrid: Large families and poverty in Austria: What explains their disproportionate risk of experiencing income poverty? International Journal for Social Welfare. 2024. <https://doi.org/10.1111/ijsw.12667>

Heitzmann, Karin/Huber, Alexander: Kennzahlen zu Lebensbedingungen 2023: Benachteiligte Bevölkerungsgruppen in Österreich: Schwerpunkt Kapitel: Auswirkungen der Teuerungskrise. In: BMSGPK 2025, S. 1-149.

<https://www.sozialministerium.gv.at/dam/sozialministeriumat/Anlagen/Themen/Soziales>

/Soziale-Themen/Allgemeine-Sozialpolitik/Kennzahlen-zu-Lebensbedingungen Endbericht 030225.pdf

Institut für Höhere Studien: Frühlings-Prognose der österreichischen Wirtschaft 2025–2026. IHS 2025a.

https://www.ihs.ac.at/fileadmin/public/2016_Files/Documents/2025/Fruehlings_Prognose/IHS_Konjunkturprognose_2025_03_Fruehling_KURZVERSION_DE.pdf

Institut für Höhere Studien: IHS Preismonitor: Tariflohnindex AT. IHS 2025b.

<https://inflation.ihs.ac.at/>

Kroisleitner, Oona: Eine Milliarde weniger Budget: Unis drohen der Regierung und sagen ihr den Kampf an. DER STANDARD 2026.

<https://www.derstandard.at/story/3000000321474/eine-milliarde-weniger-budget-unis-drohen-der-regierung-und-sagen-ihr-den-kampf-an>

Kunnert, Andrea/Baumgartner, Josef: Instrumente und Wirkungen der österreichischen Wohnungspolitik. Österreichisches Institut für Wirtschaftsforschung. 2012.

https://www.wifo.ac.at/wp-content/uploads/upload-3607/S_2012_WOHNUNGSPOLITIK_45878_.pdf

Mühlböck, Monika/Hartleib, Sarah/Brüngger, Lisa/Till, Matthias: So geht's uns heute: die sozialen Folgen der Corona-Krise. In: BMSGPK 2022a, S. 1-51.

<https://www.sozialministerium.gv.at/dam/jcr:5e41ef9e-b929-42cc-86fe-35b046dbc735/Soziale%20Krisenfolgen.pdf>

Mühlböck, Monika/Juen, Isabella/Brunner, Sebastian/Hartleib, Sarah/Brüngger, Lisa/Till, Matthias/Moser, Winfried: So geht's uns heute: die sozialen Krisenfolgen im ersten Quartal 2022. In: BMSGPK 2022b, S.1-59.

<https://www.sozialministerium.at/dam/jcr:cfe58c9c-cc90-4320-bd77-69a002571015/BerichtW2%20Soziale%20Krisenfolgen%2020230629.pdf>

Mühlböck, Monika/Juen, Isabella, Brunner, Sebastian/Brüngger, Lisa/Till, Matthias/Moser, Winfried: So geht's uns heute: die sozialen Krisenfolgen im zweiten Quartal 2022 – Schwerpunkt Wohnen. In: BMSGPK 2022c, S.1-56.

<https://www.sozialministerium.at/dam/jcr:c768b49f-7df3-4fa0-b39a-b61098149999/BerichtW3%20Soziale%20Krisenfolgen%2020230629.pdf>

Mühlböck, Monika/Juen, Isabella/Brunner, Sebastian/Till, Matthias/Moser, Winfried/Wittman, Lena/Brüngger, Lisa: So geht's uns heute: die sozialen Krisenfolgen im dritten Quartal 2022 – Schwerpunkt Wohlbefinden und Gesundheit. In BMSGPK 2023a, S.1-70.

<https://www.sozialministerium.at/dam/jcr:85828b7e-6e20-4953-87ce-f90c9102fcb9/BerichtW4%20Soziale%20Krisenfolgen%2020230629.pdf>

Mühlböck, Monika/Reiter, Claudia/Juen, Isabella/Brunner, Sebastian/Wittmann, Lena/Binder, Manuel/Till, Matthias/Lamei, Nadja: So geht's uns heute: die sozialen Krisenfolgen im vierten Quartal 2022 – Schwerpunkt: Erfahrungen mit Wohnungslosigkeit. In: BMSGPK 2023b, S.1-65.

<https://www.sozialministerium.at/dam/jcr:2acd66c3-40c4-40ce-827c-34d52e69f9a9/BerichtW5%20Soziale%20Krisenfolgen%2020230629.pdf>

ORF. Budgetbegleitgesetz: Weiter Ringen um Entwurf. news.ORF.at. 2026a.

<https://orf.at/stories/3429330/>

ORF. Budgetbegleitgesetz: Weiter Ringen um Entwurf. news.ORF.at. 2026b.

<https://orf.at/stories/3432077/>

Parlament Österreich | Budgetdienst. Budgetanalyse 2025 und 2026. 2025.

<https://www.parlament.gv.at/dokument/budgetdienst/budget/BD-Budgetanalyse-2025-und-2026.pdf>

Reiter, Claudia/Mühlböck, Monika/Juen, Isabella/Brunner, Sebastian/Wittmann, Lena/Binder, Manuel/Till, Matthias/Lamei, Nadja: So geht's uns heute: die sozialen Krisenfolgen im ersten Quartal 2023 – Schwerpunkt: Energiearmut. In: BMSGPK 2023a, S. 1-65.

<https://www.sozialministerium.at/dam/jcr:84c31afd-d365-4777-8173-cdd3cc612107/BerichtW6%20Soziale%20Krisenfolgen%2020230627.pdf>

Reiter, Claudia/Mühlböck, Monika/Juen, Isabella/Brunner, Sebastian/Wittmann, Lena/Binder, Manuel/Lamei, Nadja: So geht's uns heute: die sozialen Krisenfolgen im zweiten Quartal 2023 – Schwerpunkt: Zukunftserwartungen. In: BMSGPK 2023b, S.1-67.

<https://www.sozialministerium.at/dam/jcr:6d824a96-97fc-42bf-8dab-6d9b6484bc00/BerichtW7%20Soziale%20Krisenfolgen%2020230926.pdf>

Reiter, Claudia/Juen, Isabella/Brunner, Sebastian/Mühlböck, Monika/Wittmann, Lena/Binder, Manuel/Lamei, Nadja/Foissner, Franziska: So geht's uns heute: die sozialen Krisenfolgen im dritten Quartal 2023 – Schwerpunkt: Regionale Unterschiede. In: BMSGPK 2023c, S. 1-66.

[https://www.sozialministerium.at/dam/sozialministeriumat/Anlagen/Services/Studien/Sozialpolitik/Bericht Soziale-Krisenfolgen Q3 2023.pdf](https://www.sozialministerium.at/dam/sozialministeriumat/Anlagen/Services/Studien/Sozialpolitik/Bericht%20Soziale-Krisenfolgen%20Q3%202023.pdf)

Reiter, Claudia/Juen, Isabella/Brunner, Sebastian/Mühlböck, Monika/Wittmann, Lena/Enachescu, Janina/Lamei, Nadja/Foissner, Franziska: So geht's uns heute: die sozialen Krisenfolgen im vierten Quartal 2023 – Schwerpunkt: Ernährungsarmut. In: BMSGPK 2024a, S. 1-66. <https://www.sozialministerium.at/dam/jcr:cce2b6de-0d9c-44b4-b7b4-d7368bd9cee7/BerichtW9%20Soziale%20Krisenfolgen%2020240325.pdf>

Reiter, Claudia/Brunner, Sebastian/Juen, Isabella/Mühlböck, Monika/Enachescu, Janina/Wittmann, Lena/Lamei, Nadja/Foissner, Franziska: So geht's uns heute: die sozialen Krisenfolgen im ersten Quartal 2024 – Schwerpunkt: Geschlechtsspezifische Unterschiede. In: BMSGPK 2024b, S. 1-65.

<https://www.sozialministerium.at/dam/jcr:4c5b4180-7f3c-4f50-81bc-992ece886f85/BerichtW10%20Soziale%20Krisenfolgen%2020240625.pdf>

Reiter, Claudia/Spoljaric, Katarina/Kärcher, Florian/Mühlböck, Monika/Enachescu, Janina/Wittmann, Lena/Lamei, Nadja: So geht's uns heute: die sozialen Krisenfolgen im ersten Quartal 2025 – Schwerpunkt: Belastung durch Erwerbsarbeit. In: BMSGPK 2025a, S. 1-72. [https://www.sozialministerium.gv.at/dam/jcr:a44afeb0-0d4c-4740-a97e-7e1e40c46bb8/W14%20Soziale%20Krisenfolgen 20250624.pdf](https://www.sozialministerium.gv.at/dam/jcr:a44afeb0-0d4c-4740-a97e-7e1e40c46bb8/W14%20Soziale%20Krisenfolgen%2020250624.pdf)

Reiter, Claudia/Spoljaric, Katarina/Kärcher, Florian/Mühlböck, Monika/Enachescu, Janina/Wittmann, Lena/Lamei, Nadja: So geht's uns heute: die sozialen Krisenfolgen im zweiten Quartal 2025 – Schwerpunkt: Politische Teilhabe. In: BMSGPK 2025b, S. 1-75. [https://www.sozialministerium.gv.at/dam/sozialministeriumat/Anlagen/Themen/Soziales/Soziale-Themen/Allgemeine-Sozialpolitik/W15-Soziale-Krisenfolgen 20251002.pdf](https://www.sozialministerium.gv.at/dam/sozialministeriumat/Anlagen/Themen/Soziales/Soziale-Themen/Allgemeine-Sozialpolitik/W15-Soziale-Krisenfolgen%2020251002.pdf)

Reiter, Claudia/Kärcher, Florian/Leitner, Andrea/Mühlböck, Monika/Spoljaric, Katharina/Enachescu, Janina/Wittmann, Lena/Lamei, Nadja: So geht's uns heute: die sozialen Krisenfolgen im dritten Quartal 2025 – Schwerpunkt: Sparverhalten. In: BMSGPK 2025c, S.1-77.

https://www.sozialministerium.gv.at/dam/jcr:8309dd31-784a-406b-81ee-90931aa7d709/W16%20Soziale%20Krisenfolgen_20251212.pdf

Reiter Claudia/Heinze, Valentina/Burtscher, Katharina/Mühlböck, Monika/Enachescu, Janina/Wittmann, Lena/Lamei, Nadja: So geht's uns heute: die sozialen Krisenfolgen im vierten Quartal 2025 – Schwerpunkt: Wohlbefinden in der Nachbarschaft. In BMSGPK 2026, S. 1-79. https://www.sozialministerium.gv.at/dam/jcr:6e371e0d-402b-4357-a6b2-cfc60057f532/W17%20Soziale%20Krisenfolgen_2026-03-26.pdf

Statistik Austria: Öffentlicher Schuldenstand. Statistik Austria 2026d. <https://www.statistik.at/statistiken/volkswirtschaft-und-oeffentliche-finanzen/oeffentliche-finanzen/maastricht-indikatoren/oeffentlicher-schuldenstand>

Statistik Austria: Verbraucherpreisindizes ab 1990. Statistik Austria 2024a. https://www.statistik.at/fileadmin/pages/214/2_Verbraucherpreisindizes_ab_1990.pdf

Statistik Austria: Arbeitsmarktstatistik 3. Quartal 2024. Mikrozensus-Arbeitskräfteerhebung. Statistik Austria 2024b, S. 1-81. https://www.statistik.at/fileadmin/publications/SB_5-8_QSB-MZ-Q3-2024.pdf

Statistik Austria: Verbrauchsausgaben: Hauptergebnisse der Konsumerhebung 2019/20. In: Statistik Austria 2021, S. 1-184. [https://www.statistik.at/fileadmin/publications/Verbrauchsausgaben - Hauptergebnisse der Konsumerhebung 2019 2020.pdf](https://www.statistik.at/fileadmin/publications/Verbrauchsausgaben_-_Hauptergebnisse_der_Konsumerhebung_2019_2020.pdf)

Österreichisches Institut für Wirtschaftsforschung: Schwächere Inflationsdynamik ermöglicht Senkung der Leitzinssätze. In: WIFO-Monatsberichte 2025, 98(4/5), S. 221. Wien: WIFO. https://www.wifo.ac.at/wp-content/uploads/upload-3080/mb_2025_04_05_finanзмаerkte_2024.pdf

Weiterführende Literatur

Statistik Austria: Tabellenband, EU-SILC 2024 – Einkommen, Armut und Lebensbedingungen, Wien, Statistik Austria 2023, S. 1–199.

https://www.statistik.at/fileadmin/pages/338/Tabellenband_EUSILC_2024.pdf

Steiber, Nadia/Siegert, Christina: Die Auswirkungen der Frühphase der COVID-19 Pandemie auf die Erwerbssituation und die finanzielle Lage von Familien in Österreich. Österreichische Zeitschrift für Soziologie 46 (2021), S. 429–442. <https://doi-org.uaccess.univie.ac.at/10.1007/s11614-021-00466-9>

Steiber, Nadia/Siegert, Christina/Vogtenhuber, Stefan: Die Erwerbssituation und subjektive finanzielle Lage privater Haushalte im Verlauf der Pandemie: Ergebnisse der AKCOVID Panel-Befragung. Materialien zu Wirtschaft und Gesellschaft Nr. 222. Kammer für Arbeiter und Angestellte für Wien, 2021, S. 1–30.
<https://emedien.arbeiterkammer.at/viewer/ppnresolver?id=AC16250989>

Wegscheider-Pichler, Alexandra/Prettner, Catherine/Lamei, Nadja: Wie geht's Österreich? 2021 - Indikatoren und Analysen von 2000 bis zum COVID-19 Krisenjahr 2020. Wien: Statistik Austria 2021, S. 1–161.
https://www.statistik.at/fileadmin/publications/Wie_geht_s_OEsterreich_2021.pdf

Methodischer Anhang

Stichprobe

Die Befragung „So geht’s uns heute“ beruht auf einer geschichteten Wahrscheinlichkeitsstichprobe, die aus dem zentralen Melderegister gezogen wurde. Um die Genauigkeit der Messung von Veränderungen zu optimieren, wurden besonders vulnerable Gruppen (Mehrkind-Haushalte, Alleinerziehende und Arbeitslose sowie Personen mit Pflichtschulabschluss) bei der Aufteilung der Stichprobe überproportional berücksichtigt. Bei der Gewichtung der Ergebnisse wurde dieses Design ebenso berücksichtigt, wie Anpassungen an Verteilungen aus dem jeweiligen Quartal des Mikrozensus¹⁷ bzw. dem für die Ziehung verwendeten Auswahlrahmen¹⁸. Die hochgerechneten Ergebnisse sind somit repräsentativ für die Gesamtheit der 18- bis 74-Jährigen in Österreich.

Die Stichprobe für die 18. Befragungswelle setzt sich aus 3.522 Personen zusammen, die bereits in der siebzehnten Welle (viertes Quartal 2025) an der Befragung teilgenommen haben. Die Auswahl der Personen für die Ergänzungsstichprobe erfolgte so, dass jene Bevölkerungsgruppen, die in den vorigen Wellen seltener teilgenommen haben, eine wesentlich größere Ziehungswahrscheinlichkeit hatten. Dadurch sollten allfällige durch selektive Beteiligung an der Erhebung entstandene Verzerrungen möglichst bereits bei der Stichprobenziehung ausgeglichen werden.

Teilnahme an der Befragung

Der Fragebogen wurde den Teilnehmer:innen in einer Onlineversion angeboten¹⁹. Die Teilnahme an der Befragung war freiwillig. Um die Teilnahmebereitschaft zu erhöhen,

¹⁷ Bildungsstand, Alter, Geschlecht, Haushaltsgröße, Anzahl der Kinder, Rechtsverhältnis an der Wohnung.

¹⁸ Vulnerable Gruppen laut Stichprobendesign (Alleinerziehend, Mehrkind-Haushalt oder arbeitslos), DEGURBA Stadt-Land-Typologie, Geburtsland Österreich oder Deutschland, eine vereinfachte Typologie des Erwerbsverlaufs.

¹⁹ Jenen Personen, die nicht an der Onlinebefragung teilnehmen konnten oder wollten, wurde bis zur dritten Befragungswelle zusätzlich postalisch ein Papierfragebogen zugesendet.

wurden den Befragten Einkaufsgutscheine versprochen, die sie nach (vollständiger) Beantwortung des Fragebogens erhalten haben.

In der 18. Befragungswelle wurden insgesamt 3.522 verwertbare Fragebögen berücksichtigt. Davon kamen insgesamt 3.093 Personen aus der „Panelstichprobe“ (diese haben bereits in der vorigen Welle an der Befragung teilgenommen) sowie 429 aus der „Boosterstichprobe“ (diese wurden in der 18. Welle neu in die Stichprobe aufgenommen). Die bereinigte Ausschöpfungsquote betrug 56%. Die bereinigten Ausschöpfungsquoten betrugen 81% im Fall der Panelstichprobe bzw. 17% im Fall der Boosterstichprobe.²⁰

Dass die Boosterstichprobe eine niedrigere Ausschöpfungsquote erreicht als die Panelstichprobe ist erwartbar. Zum einen wurden für die Boosterstichprobe soziale Gruppen mit geringerer Teilnahmebereitschaft überproportional gezogen, zum anderen ist die Teilnahmebereitschaft von Personen in der Panelstichprobe höher, weil diese bereits an der Befragung teilgenommen haben und dadurch mit dem Ablauf vertraut sind. Aus demselben Grund ist erwartbar, dass sich die Ausschöpfungsquoten auch mit der Zahl der bereits absolvierten Befragungswellen erhöhen.

Vollständigkeit der Angaben und Imputation

Auf der Ebene der einzelnen Fragen lag der Vollständigkeitsgrad in den allermeisten Fällen über 98%. Um Inkohärenzen und Verzerrungen bei der vertiefenden Analyse zu vermeiden, wurden jene Fälle, in denen keine Angabe gemacht wurde, durch plausible Schätzungen ersetzt (imputiert)²¹.

Trend- und Verlaufsstatistiken

Die Studie in Österreich ist als Panelerhebung ausgelegt. Das bedeutet, dass in den Folgebefragungen wieder dieselben Personen befragt werden sollen. Damit sollen Veränderungen der persönlichen Lebenslage so genau wie möglich erfasst werden. Eine

²⁰ Weitere Informationen zu den vorangegangenen Befragungswellen:

<https://www.statistik.at/statistiken/bevoelkerung-und-soziales/einkommen-und-soziale-lage/soziale-krisenfolgen>

²¹ In den ersten drei Befragungswellen waren einige Variablen aus Platzgründen nur in der Onlineversion des Fragebogens enthalten. Für diese wurden eigene Hochrechnungsgewichte erstellt. Mit der vierten Welle wurde die Gewichtung vereinfacht, da nur mehr Onlinefragebögen angeboten wurden.

Besonderheit der quartalsweise durchgeführten Befragungen ist, dass die Ergebnisse auch saisonale Schwankungen abbilden können.

Zur Kohärenz mit EU-SILC 2024

Die Befragung „So geht’s uns heute“ erhebt zahlreiche Merkmale, die in derselben Form auch in der Statistik über Einkommen und Lebensbedingungen (EU-SILC) enthalten sind. Dennoch unterscheidet sich die unterjährige (quartalsweise) Datenerhebung in einigen Punkten von den durch EU-SILC erhobenen Strukturdaten. Zunächst erhebt „So geht’s uns heute“ hauptsächlich subjektive Einschätzungen. EU-SILC verwendet hingegen für die Messung des Einkommens Registerdaten. Bei EU-SILC wird der Befragungsteil mit Unterstützung von Erhebungspersonen per Telefon oder persönlichem Interview durchgeführt, während sich „So geht’s uns heute“ ausschließlich auf selbstausgefüllte Fragebögen stützt. Ein wesentlicher Unterschied der beiden Befragungen ist auch, dass bei „So geht’s uns heute“ auf die Befragung sämtlicher Haushaltsmitglieder verzichtet wird. Schließlich berücksichtigt „So geht’s uns heute“ in den Wellen 1 bis 5 nur Personen zwischen 16 und 69 Jahren und seit der Welle 6 Personen zwischen 18 und 74 Jahren.

All diese methodischen Unterschiede sind begründet in den unterschiedlichen Zielsetzungen der beiden Erhebungen. Während die Relevanz der „So geht’s uns heute“-Befragung vor allem darin besteht, aktuelle Entwicklungen und die subjektive Betroffenheit mit größtmöglicher Zeitnähe sichtbar zu machen, hat EU-SILC das Ziel, möglichst verlässliche Strukturdaten zu erheben, um den Vergleich unterschiedlicher Sozialsysteme und ihrer langfristigen Entwicklungen zu ermöglichen. Nähere Informationen zur Kohärenz der für einen Vergleich geeigneten subjektiven Merkmale aus EU-SILC 2022/2023 und „So geht’s uns heute“ finden sich in einem gesonderten Arbeitspapier auf der Projektwebseite²².

²² <https://www.statistik.at/statistiken/bevoelkerung-und-soziales/einkommen-und-soziale-lage/soziale-krisenfolgen>

Tabellenanhang

Tabelle 5: Finanzielle Situation der Bevölkerung

		Q1/2025		Q2/2025		Q3/2025		Q4/2025		Q1/2026	
		1.000	in %	1.000	in %	1.000	in %	1.000	in %	1.000	in %
Einkommensveränderung (12 Monate)	Gestiegen	2 871	43,3	2 506	37,8	2 258	34,1	2 068	31,3	2 180	32,9
	Gleich	2 333	35,2	2 613	39,5	2 705	40,9	2 800	42,3	2 953	44,6
	Gesunken	1 423	21,5	1 503	22,7	1 658	25,0	1 745	26,4	1 486	22,5
	Gesamt	6 626	100,0	6 622	100,0	6 621	100,0	6 612	100,0	6 619	100,0
Geringes Haushalts-einkommen	Ja	769	11,6	691	10,4	639	9,6	644	9,7	811	12,3
	Nein	5 857	88,4	5 932	89,6	5 982	90,4	5 968	90,3	5 808	87,7
	Gesamt	6 626	100,0	6 622	100,0	6 621	100,0	6 612	100,0	6 619	100,0
Mit dem Haushalts-einkommen auskommen	Große Schwierigkeiten	273	4,1	301	4,5	278	4,2	321	4,9	246	3,7
	Schwierigkeiten	464	7,0	382	5,8	432	6,5	458	6,9	457	6,9
	Etwas Schwierigkeiten	1 790	27,0	1 740	26,3	1 809	27,3	1 796	27,2	1 861	28,1
	Eher leicht	2 466	37,2	2 553	38,6	2 499	37,7	2 558	38,7	2 561	38,7
	Leicht	1 019	15,4	1 081	16,3	1 076	16,3	962	14,5	966	14,6
	Sehr leicht	615	9,3	565	8,5	526	7,9	518	7,8	527	8,0
	Gesamt	6 626	100,0	6 622	100,0	6 621	100,0	6 612	100,0	6 619	100,0

		Q1/2025		Q2/2025		Q3/2025		Q4/2025		Q1/2026	
		1.000	in %	1.000	in %	1.000	in %	1.000	in %	1.000	in %
Subjektive Wohnkostenbelastung	Schwere finanzielle Belastung	962	14,5	998	15,1	999	15,1	1 031	15,6	1 037	15,7
	Gewisse finanzielle Belastung	4 260	64,3	4 201	63,4	4 086	61,7	4 149	62,7	4 146	62,6
	Keine Belastung	1 404	21,2	1 423	21,5	1 536	23,2	1 432	21,7	1 436	21,7
	Gesamt	6 626	100,0	6 622	100,0	6 621	100,0	6 612	100,0	6 619	100,0

Quelle: STATISTIK AUSTRIA: „So geht’s uns heute“ (Welle 14: Q1/2025, Welle 15: Q2/2025, Welle 16: Q3/2025, Welle 17: Q4/2025, Welle 18: Q1/2026). Gewichtete Ergebnisse.

Tabelle 6: Indikatoren zur sozialen oder materiellen Deprivation

Was nicht leistbar ist:	Q1/2025		Q2/2025		Q3/2025		Q4/2025		Q1/2026	
	1.000	in %	1.000	in %	1.000	in %	1.000	in %	1.000	in %
Wohnkosten, Kredit... pünktlich zahlen	381	5,7	317	4,8	260	3,9	349	5,3	292	4,4
Unerwartete Ausgaben	1 535	23,2	1 527	23,1	1 533	23,2	1 524	23,1	1 514	22,9
Jährlicher Urlaub	1 478	22,3	1 477	22,3	1 474	22,3	1 503	22,7	1 552	23,5
Regelmäßige Freizeitaktivitäten	1 328	20,0	1 318	19,9	1 327	20,0	1 385	20,9	1 310	19,8
Ersetzen abgenutzter Möbel	1 008	15,2	1 023	15,4	1 013	15,3	1 034	15,6	953	14,4
Sich Kleinigkeiten gönnen	922	13,9	896	13,5	922	13,9	907	13,7	917	13,8
Privater PKW	550	8,3	488	7,4	465	7,0	505	7,6	477	7,2
Wohnung warm halten	384	5,8	406	6,1	329	5,0	414	6,3	341	5,2

Was nicht leistbar ist:	Q1/2025		Q2/2025		Q3/2025		Q4/2025		Q1/2026	
	1.000	in %	1.000	in %	1.000	in %	1.000	in %	1.000	in %
Hauptgericht jeden 2. Tag	339	5,1	340	5,1	363	5,5	379	5,7	318	4,8
Ersetzen abgetragener Kleidung	418	6,3	446	6,7	419	6,3	414	6,3	384	5,8
Mind. 1x/Monat Freund:innen treffen	608	9,2	615	9,3	619	9,4	656	9,9	652	9,9
zwei Paar Alltagsschuhe	171	2,6	160	2,4	176	2,7	198	3,0	179	2,7
Internetverbindung	55	0,8	46	0,7	48	0,7	56	0,8	45	0,7
1+ Deprivationsmerkmale aus 13	2 664	40,2	2 561	38,7	2 550	38,5	2 670	40,4	2 632	39,8
5+ Deprivationsmerkmale aus 13	782	11,8	790	11,9	765	11,6	795	12,0	745	11,3
7+ Deprivationsmerkmale aus 13	332	5,0	349	5,3	363	5,5	384	5,8	359	5,4

Quelle: „So geht’s uns heute“ (Welle 14: Q1/2025, Welle 15: Q2/2025, Welle 16: Q3/2025, Welle 17: Q4/2025, Welle 18: Q1/2026). Gewichtete Ergebnisse.

Tabelle 7: Lebens- und finanzielle Zufriedenheit der Bevölkerung

		Q1/2025		Q2/2025		Q3/2025		Q4/2025		Q1/2026	
		1.000	in %	1.000	in %	1.000	in %	1.000	in %	1.000	in %
Hohe allgemeine Lebenszufriedenheit (8–10 auf Skala: 0–10)	Ja	3 790	57,2	3 987	60,2	3 783	57,1	3 903	59,0	4 053	61,2
	Nein	2 836	42,8	2 635	39,8	2 838	42,9	2 710	41,0	2 566	38,8
	Gesamt	6 626	100,0	6 622	100,0	6 621	100,0	6 612	100,0	6 619	100,0
Hohe Zufriedenheit mit finanzieller Situation des Haushalts (8–10 auf Skala: 0–10)	Ja	2 456	37,1	2 485	37,5	2 238	33,8	2 420	36,6	2 515	38,0
	Nein	4 170	62,9	4 137	62,5	4 383	66,2	4 192	63,4	4 104	62,0
	Gesamt	6 626	100,0	6 622	100,0	6 621	100,0	6 612	100,0	6 619	100,0

Quelle: STATISTIK AUSTRIA: „So geht’s uns heute“ (Welle 14: Q1/2025, Welle 15: Q2/2025, Welle 16: Q3/2025, Welle 17: Q4/2025, Welle 18: Q1/2026). Gewichtete Ergebnisse.

Tabelle 8: Finanzielle Situation bei Kindern unter 18 Jahren

		Q4/2024		Q1/2025		Q2/2025		Q3/2025		Q1/2026	
		1.000	in %	1.000	in %	1.000	in %	1.000	in %	1.000	in %
Einkommensveränderung (12 Monate)	Gestiegen	605	38,0	538	34,0	512	32,3	496	31,1	522	32,6
	Gleich	625	39,2	701	44,3	676	42,6	711	44,6	713	44,5
	Gesunken	363	22,8	343	21,7	398	25,1	387	24,3	367	22,9
	Gesamt	1 593	100,0	1 582	100,0	1 586	100,0	1 594	100,0	1 602	100,0
Geringes Haushaltseinkommen	Ja	305	19,2	283	17,9	238	15,0	256	16,0	319	19,9
	Nein	1 288	80,8	1 299	82,1	1 348	85,0	1 338	84,0	1 283	80,1
	Gesamt	1 593	100,0	1 582	100,0	1 586	100,0	1 594	100,0	1 602	100,0
Mit dem Haushaltseinkommen auskommen	Große Schwierigkeiten	96	6,0	100	6,3	81	5,1	101	6,4	80	5,0
	Schwierigkeiten	168	10,5	140	8,8	129	8,1	172	10,8	179	11,2
	Etwas Schwierigkeiten	512	32,1	548	34,6	598	37,7	577	36,2	562	35,1
	Eher leicht	547	34,3	541	34,2	506	31,9	536	33,6	522	32,6
	Leicht	177	11,1	174	11,0	202	12,7	136	8,5	165	10,3
	Sehr leicht	94	5,9	80	5,0	71	4,5	72	4,5	94	5,8
	Gesamt	1 593	100,0	1 582	100,0	1 586	100,0	1 594	100,0	1 602	100,0
Subjektive Wohnkostenbelastung	Schwere finanzielle Belastung	356	22,3	328	20,7	367	23,1	395	24,8	379	23,6
	Gewisse finanzielle Belastung	1 017	63,8	1 027	64,9	958	60,4	961	60,3	986	61,5
	Keine Belastung	220	13,8	227	14,4	261	16,5	238	15,0	237	14,8

	Q4/2024		Q1/2025		Q2/2025		Q3/2025		Q1/2026	
	1.000	in %	1.000	in %	1.000	in %	1.000	in %	1.000	in %
Gesamt	1 593	100,0	1 582	100,0	1 586	100,0	1 594	100,0	1 602	100,0

Quelle: STATISTIK AUSTRIA: „So geht’s uns heute“ (Welle 14: Q1/2025, Welle 15: Q2/2025, Welle 16: Q3/2025, Welle 17: Q4/2025, Welle 18: Q1/2026). Gewichtete Ergebnisse (spezielle Kinderhochrechnung für Haushaltsmerkmale aus „So geht’s uns heute“).

Tabelle 9: Materielle Deprivation bei Kindern unter 18 Jahren

Was nicht leist- bar ist:	Q4/2024		Q1/2025		Q2/2025		Q3/2025		Q1/2026	
	1.000	in %	1.000	in %	1.000	in %	1.000	in %	1.000	in %
Unerwartete Ausgaben	488	30,6	518	32,7	537	33,9	518	32,5	505	31,5
Jährlicher Urlaub	434	27,3	434	27,4	404	25,5	411	25,8	442	27,6
Ersetzen abge- nutzter Möbel	317	19,9	313	19,8	333	21,0	337	21,1	291	18,1
Privater PKW	149	9,4	155	9,8	101	6,3	118	7,4	130	8,1
Wohnung warm halten	92	5,8	98	6,2	95	6,0	124	7,7	97	6,0
Hauptgericht je- den 2. Tag	104	6,5	86	5,5	100	6,3	99	6,2	99	6,2

Quelle: STATISTIK AUSTRIA: „So geht’s uns heute“ (Welle 14: Q1/2025, Welle 15: Q2/2025, Welle 16: Q3/2025, Welle 17: Q4/2025, Welle 18: Q1/2026). Gewichtete Ergebnisse (spezielle Kinderhochrechnung für Haushalts-Merkmale aus „So geht’s uns heute“).

